

Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe



Die Ortschaften und Territorien
im heutigen Regierungsbezirk Arnsberg

Ortsartikel Hagen

E-Book
Münster 2021

HISTORISCHES HANDBUCH DER JÜDISCHEN GEMEINSCHAFTEN IN WESTFALEN UND LIPPE

Die Ortschaften und Territorien
im heutigen Regierungsbezirk Arnsberg

Herausgegeben von
Frank Göttmann

Redaktion
Burkhard Beyer, Wilfried Reininghaus,
und Rita Schlautmann-Overmeyer

Ortsartikel Hagen

**Auszug aus:
E-Book
Münster 2021**

Die Druckfassung ist erschienen im
Ardey-Verlag
Münster 2016



Für die Menschen.
Für Westfalen-Lippe.

Impressum zur Open-Access E-Book-Ausgabe

Die vorliegende Ausgabe ist ab Seite 1 text- und seitengleich mit der 2016 im Verlag Ardey erschienenen gedruckten Ausgabe.

© Landschaftsverband Westfalen-Lippe,
Historische Kommission für Westfalen

2021

Die Datei darf zu privaten Zwecken heruntergeladen und gespeichert werden. Bibliotheken, Archive und öffentliche Forschungseinrichtungen dürfen die Datei auf Servern speichern und zu wissenschaftlichen Zwecken zur Verfügung stellen. Darüber hinausgehende sowie jede Form der gewerblichen Nutzung bedarf der Genehmigung der Historischen Kommission. Jede Änderungen der Datei ist untersagt.

Lizenz: Creative Commons BY-SA-NC-ND 3.0 DE
(Weiterverwendung nur mit Namensnennung, unter gleichen Bedingungen,
nicht kommerziell, ohne Berarbeitung)

Vorwort der Herausgeber zur Online-Ausgabe

Das „Historische Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe“ wird fünf Jahre nach Erscheinen des letzten Teilbandes in einer digitalen Fassung online zugänglich gemacht. Nachdem die vier Teilbände in Bibliotheken der ganzen Welt, von Jerusalem über London und Washington, verfügbar sind, erhoffen sich die Herausgeber des Gesamtwerks von der Online-Stellung weitere Impulse für die Erforschung der jüdischen Geschichte in Westfalen. Sie sind dankbar dafür, dass alle Autorinnen und Autoren – beziehungsweise deren Erben – der einzelnen Artikel ihre Zustimmung zu einer elektronischen Veröffentlichung erteilt haben. Dazu gibt auch die positive Resonanz auf das Handbuch Anlass. Die Rezensentinnen und Rezensenten würdigten einhellig die Absicht der Historischen Kommission für Westfalen, den Wissenstand zu Beginn des 21. Jahrhunderts durch Ortsartikel und flankierende Überblicksartikel zu dokumentieren.

Damit sind aber die Arbeiten an der jüdischen Geschichte in Westfalen keineswegs abgeschlossen. Allein durch die Digitalisierung von Archivbeständen werden neue Informationen bereitgestellt, die weitere Forschungen initiieren werden. Wie lebendig die regionale Aufarbeitung der jüdischen Geschichte ist, zeigt die NRW-Bibliographie. Allein für 2019/2020 wurden knapp 60 Beiträge zu Orten in Westfalen in Printmedien nachgewiesen. Die Historische Kommission für Westfalen wird deshalb allen an jüdischer Geschichte Interessierten in Westfalen und darüber hinaus auch künftig ein Forum bieten, um sich in unregelmäßigen Abständen über Quellen, Projekte und Arbeitsfortschritte auszutauschen. 2019 hat bereits ein erstes Treffen stattgefunden. Die Kommission wird auf dem Wege der Online-Publikation die erschienene neue Literatur vorstellen und ihre Internetseiten für weitere Grundlagenwerke öffnen. In gleicher Form sind bereits die Orts- und Personenregister zum Handbuch erschienen.

Fundierte Kenntnisse zur jüdischen Geschichte in unserer Region sind vor dem Hintergrund der antisemitischen Proteste – nicht erst im Mai 2021, u. a. in Gelsenkirchen und Münster – nötiger denn je. Die Herausgeber fühlen sich unverändert diesem Ziel verpflichtet, das schon die vieljährige Arbeit am Gesamtwerk so lohnend machte.

Münster und Paderborn, im Sommer 2021

Frank Göttmann

Karl Hengst (†)

Peter JohANEK

Franz-Josef Jakobi

Wilfried Reininghaus

Die gedruckt verfügbaren Bände

Alle Bände sind auch weiterhin im Buchhandel oder beim Verlag erhältlich.

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Die Ortschaften und Territorien im heutigen Regierungsbezirk Münster. Hrsg. von Susanne FREUND, Franz-Josef JAKOBI und Peter JOHANEK, Redaktion Anna-Therese GRABKOWSKY, Franz-Josef JAKOBI und Rita SCHLAUTMANN-OVERMEYER, Münster 2008, Unveränderter Nachdruck Münster 2017, 780 Seiten, 1 Falkarte (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen XLV, Quellen und Forschungen zur jüdischen Geschichte in Westfalen, Band 2) Ardey, ISBN 978-3-87023-282-5, Preis: 69,00 Euro.

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Die Ortschaften und Territorien im heutigen Regierungsbezirk Detmold. Hrsg. von Karl HENGST in Zusammenarbeit mit Ursula OLSCHESWSKI, Redaktion Anna-Therese GRABKOWSKY, Franz-Josef JAKOBI und Rita SCHLAUTMANN-OVERMEYER in Kooperation mit Bernd-Wilhelm LINNEMEIER. Münster 2013, 832 Seiten, Festeinband, 2 Karten und Gliederungsschema in Tasche (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen, Neue Folge 10). Ardey, ISBN 978-3-87023-283-2, Preis: 79,00 Euro.

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Die Ortschaften und Territorien im heutigen Regierungsbezirk Arnsberg. Hrsg. von Frank GÖTTMANN, Redaktion Burkhard BEYER, Wilfried REININGHAUS und Rita SCHLAUTMANN-OVERMEYER. Münster 2016, 860 Seiten, Festeinband, Gliederung und Karte in Tasche (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen, Neue Folge 12). Ardey, ISBN 978-3-87023-284-9, Preis: 79,00 Euro.

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Grundlagen – Erträge – Perspektiven. Hrsg. von Susanne FREUND, Redaktion Anna-Therese GRABKOWSKY, Franz-Josef JAKOBI und Rita SCHLAUTMANN-OVERMEYER. Münster 2013, 415 Seiten, Festeinband, 2 Karten in Tasche (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen, Neue Folge 11). Ardey, ISBN 978-3-87023-285-6, Preis: 66,00 Euro.

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Drei Regionalbände und ein Grundlagenwerk im Schubert. Ardey, 978-3-87023-394-5, Preis 274,00 Euro.

Der Schubert ist auf Anfrage auch einzeln in der Geschäftsstelle der Historischen Kommission erhältlich.

Die online verfügbaren Bände

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Die Ortschaften und Territorien im heutigen Regierungsbezirk Münster. Hg. von Susanne FREUND, Franz-Josef JAKOBI und Peter JOHANEK, Redaktion Anna-Therese GRABKOWSKY, Franz-Josef JAKOBI und Rita SCHLAUTMANN-OVERMEYER (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen XLV, Band 2).

Online-Ausgabe Münster 2021 verfügbar unter:

[http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo_XLV_2_\(2021\).pdf](http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo_XLV_2_(2021).pdf)

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Die Ortschaften und Territorien im heutigen Regierungsbezirk Detmold. Hg. von Karl HENGST in Zusammenarbeit mit Ursula OLSCHESKI, Redaktion Anna-Therese GRABKOWSKY, Franz-Josef JAKOBI und Rita SCHLAUTMANN-OVERMEYER in Kooperation mit Bernd-Wilhelm LINNEMEIER. (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen, Neue Folge 10) **Online-Ausgabe Münster 2021 verfügbar unter:**

[http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo_Neue_Folge_010_\(2021\).pdf](http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo_Neue_Folge_010_(2021).pdf)

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Die Ortschaften und Territorien im heutigen Regierungsbezirk Arnsberg. Hg. von Frank GÖTTMANN, Redaktion Burkhard BEYER, Wilfried REININGHAUS und Rita SCHLAUTMANN-OVERMEYER. (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen, Neue Folge 12) **Online-Ausgabe Münster 2021 verfügbar unter:**

[http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo_Neue_Folge_012_\(2021\).pdf](http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo_Neue_Folge_012_(2021).pdf)

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Grundlagen – Erträge – Perspektiven. Hg. von Susanne FREUND, Redaktion Anna-Therese GRABKOWSKY, Franz-Josef JAKOBI und Rita SCHLAUTMANN-OVERMEYER. (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen, Neue Folge 11)

Online-Ausgabe Münster 2021 verfügbar unter:

[http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo_Neue_Folge_011_\(2021\).pdf](http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo_Neue_Folge_011_(2021).pdf)

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Register der Orte und Territorien. Bearb. von Florian STEINFALS. Online-Publikation Münster 2016 (Materialien der Historischen Kommission für Westfalen, Band 12).

Verfügbar unter:

[http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo-Materialien_012_\(2016\).pdf](http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo-Materialien_012_(2016).pdf)

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Register der jüdischen und christlichen Namen. Bearbeitet von Burkhard BEYER und Florian STEINFALS. Online-Publikation Münster 2018 (Materialien der Historischen Kommission für Westfalen, Band 14). **Verfügbar unter:**

[http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo-Materialien_014_\(2018\).pdf](http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo-Materialien_014_(2018).pdf)

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Nachträge, neue Forschungen und regionale Erinnerungskultur. Bearbeitet von Burkhard BEYER und Anna STRUNK. Online-Publikation Münster 2021 (Materialien der Historischen Kommission für Westfalen, Band 20). **Verfügbar unter:**

[http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo-Materialien_020_\(2021\).pdf](http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo-Materialien_020_(2021).pdf)

Einführung

Mit dem Teilband ‚Die Ortschaften und Territorien im heutigen Regierungsbezirk Arnsberg‘ des ‚Historischen Handbuchs der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe‘ liegt erstmals ein lexikalisches Nachschlagewerk vor, das alle Bereiche jüdischen Lebens in dieser Region umfasst.¹ Für die Bearbeitung der 101 Ortsartikel konnten 57 Autorinnen und Autoren, vor allem aus Archiven und Museen sowie sonstigen Kultur- und Bildungseinrichtungen, gewonnen werden – vier von ihnen sind seit Abfassung ihrer Beiträge leider bereits verstorben. Einführend greifen sechs Überblicksartikel – damit generelle Sachverhalte nur an einer zentralen Stelle erörtert werden müssen – gesamtgeschichtliche Entwicklungen in den einzelnen Territorien bis zur Auflösung des Alten Reiches auf. Sie beschreiben die jeweils eigenständige territoriale Judenpolitik im Herzogtum Westfalen (aufgeteilt in zwei Beiträge), im Fürstentum Siegen sowie in den Grafschaften Mark, Limburg und Wittgenstein. Informationen zur Geschichte der Reichsstadt Dortmund finden sich im Ortsartikel Dortmund. Der bereits erschienene vierte Band des Gesamtwerkes setzt die Darstellung der Geschichte seit dem 19. Jahrhundert fort. Eine detaillierte Karte zeigt die im Band erwähnten jüdischen Gemeinden und Gemeinschaften. Darauf eingetragen sind auch die von den preußischen Behörden – auf der Grundlage des Gesetzes ‚Über die Verhältnisse der Juden‘ vom 23. Juli 1847² – festgesetzten Synagogenbezirke, die in der Literatur bisher noch nicht systematisch erfasst und kartographisch dargestellt wurden. Veranschaulicht werden damit die meist in den 1850er Jahren umgesetzten behördlichen Vorgaben, nicht jedoch die bis dahin bestehenden Formen jüdischer Selbstorganisation. Nähere Erläuterungen dazu sind der Karte beigegeben.

Ausgehend von dem landesgeschichtlichen Arbeitsauftrag der Historischen Kommission für Westfalen, liegt dem Handbuch ein historischer, kein judaistischer Ansatz zugrunde, wobei zudem die innerjüdische Sicht der Dinge schon wegen fehlender Erschließung und Auswertung der entsprechenden Überlieferung weitgehend unberücksichtigt bleiben musste.

1 Prinzipien der Darstellung

Absicht des Handbuchs ist es, die Geschichte aller jüdischen Gemeinden und Gemeinschaften – gemeint sind damit informelle Zusammenschlüsse von Juden – darzustellen, wobei die Gleichgewichtigkeit sozialer, politischer, gesellschaftlicher, ökonomischer oder demographischer Aspekte sowie aller Perioden vom Mittelalter bis zum

- 1 Zum Handbuchprojekt siehe: FREUND Susanne/REININGHAUS Wilfried, ‚Das Handbuch der jüdischen Gemeinden und Gemeinschaften in Westfalen und Lippe‘ – ein neues Projekt der Historischen Kommission für Westfalen. In: WF 53 <2003> 411–417; FREUND Susanne/JAKOBI Franz-Josef, Stadt und jüdisches Leben. In: Informationen zur modernen Stadtgeschichte 2 <2005> 5–13; JAKOBI Franz-Josef/REININGHAUS Wilfried, Das Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe – ein Projektbericht. In: KELLER Manfred/MURKEN Jens (Hg.), Jüdische Vielfalt zwischen Ruhr und Weser. Erträge der dritten Biennale Musik & Kultur der Synagoge 2012/2013 <Berlin 2014> 93–112.
- 2 Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preussischen Staaten 1847 Nr. 30 <Berlin 1847> 263–278. Zu den 1846/47 in den Amtsblättern veröffentlichten Namenslisten: DUPLICA Eleonora (Hg.), Die Annahme fester Familiennamen der Juden in Westfalen. Die 1846/47 publizierten Verzeichnisse der preussischen Amtsblätter (= Materialien der Historischen Kommission für Westfalen 5) <Münster 2013>, [http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo-Materialien_005_\(2013\).pdf](http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo-Materialien_005_(2013).pdf).

Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg und zur gegenwärtigen Situation angestrebt wurde. Das Projekt trägt damit auf lokal- und regionalgeschichtlicher Ebene Tendenzen der Forschung zur jüdischen Geschichte Rechnung, Juden als aktiven und gestaltenden Teil der Gesellschaft³ und nicht vorwiegend unter den Prämissen des im ausgehenden 19. Jahrhundert aufkommenden rassistischen Antisemitismus und der Verfolgung im Nationalsozialismus wahrzunehmen. Ziel ist es, vergleichbare Ergebnisse – wie sie vielfältige überregionale Forschungen präsentieren – auf lokaler und regionaler Ebene zu erreichen und somit eine ergänzende, gebündelte und aktualisierte Gesamtdokumentation unseres heutigen Wissens über das jüdische Leben in Westfalen und Lippe vorzulegen.⁴ Das Handbuch mit seinem umfassenden chronologischen und thematischen Überblick zur westfälisch-jüdischen Geschichte soll so als Grundlage für weiterführende wissenschaftliche Untersuchungen dienen.

2 Auswahlkriterien

Erfasst sind alle Orte des Regierungsbezirks Arnsberg, für die ein eigenständiges jüdisches Leben, d. h. zumindest die Existenz eines Friedhofs bzw. einer Betstube, nachgewiesen ist. Dieses Verfahren stellte nicht nur methodisch, sondern auch inhaltlich ein Problem dar, denn die Kriterien ließen sich nicht immer strikt einhalten. Kleine jüdische Ansiedlungen, die entweder einer Nachbargemeinde angeschlossen waren oder nur für einen kurzen Zeitraum bestanden haben, erhielten keinen eigenen Beitrag, sondern finden Erwähnung in anderen Ortsartikeln. Ihre Erschließung ist über ein abschließendes, separates Register vorgesehen;⁵ ferner sind sie in der beiliegenden Karte verzeichnet. Diesbezüglich kann auch kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden, da erfahrungsgemäß immer noch weitere, bisher unbekannte jüdische Wohnorte bekannt werden können. Von Gemeinde wird dabei nur gesprochen, wenn in einem Ort regelmäßig Gottesdienste stattfinden konnten und Hinweise auf Gemeindeleben vorliegen. Eine jüdische Gemeinschaft hingegen geht lediglich von der Ansiedlung weniger Juden in kleinen Orten aus. Von einer Synagogengemeinde ist die Rede, wenn diese nach der Umsetzung des ‚Gesetzes über die Verhältnisse der Juden‘ vom 23. Juli 1847 in den 1850er Jahren diesen Status erhielt; die Bezeichnungen ‚Synagogen-Gemeinde‘ und ‚Synagogen-Bezirk‘ wurden dabei synonym verwendet.⁶

Inhaltlich reicht das Spektrum der Darstellung vom ersten vorliegenden Nachweis⁷ bis zur heutigen Erinnerungskultur bzw. zur Entwicklung der wenigen nach dem Zweiten Weltkrieg wiedererstandenen jüdischen Gemeinden. Für die heutige politische Gliederung der Orte wurde die 1975 abgeschlossene kommunale Gebietsreform zugrunde gelegt. Den Mitgliedern des Herausbergremiums und der Redaktion war

3 Vgl. hierzu z. B. LÄSSIG Simone, Jüdische Wege ins Bürgertum. Kulturelles Kapital und sozialer Aufstieg im 19. Jahrhundert (= Bürgertum, NF 1) <Göttingen 2004>.

4 Die forschungsgeschichtliche Einordnung und die Erläuterung der methodischen Grundsätze für das Handbuch insgesamt wurden in der Einführung des Generaliabandes vorgenommen: FREUND Susanne (Hg.), Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Grundlagen – Erträge – Perspektiven (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen NF 11) <Münster 2013> 11–20.

5 Das Register wird in der digitalen Schriftenreihe der Historischen Kommission für Westfalen erscheinen (‚Materialien der Historischen Kommission für Westfalen‘), abrufbar über die Homepage der Historischen Kommission (<http://www.lwl.org/LWL/Kultur/Historische-Kommission>), Gliederungspunkt ‚Publikationen‘.

6 Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten 1847 Nr. 30 <Berlin 1847> 270 (Titel II §§ 35, 36); Jahrbuch für die jüdischen Gemeinden Preußens auf das Jahr 5617 [1856] 78.

7 Sowohl die Erstnennungen jüdischer Einwohner als auch die Angaben für die spätere Zeit geben nur erste Hinweise. Die Beschäftigung mit den Archivalien zeigt, dass jederzeit neue Informationen gefunden werden können.

von Anfang an das methodische Grundsatzproblem bewusst, das sich aus der Strukturierung des Handbuchs nach den gegenwärtigen Verwaltungseinheiten und Ortschaften ergibt. Jüdisches Leben – sei es in kleineren Gemeinschaften und Familienverbänden, in Gemeinden oder Synagogenbezirken – lässt sich so nicht lückenlos erfassen. Die spezielle Mobilität und der weitreichende Aktionsradius einzelner Personen und Verwandtenkreise über Grenzen hinweg sowie deren gleichzeitige Präsenz an mehreren Orten – bis hin zum Haus- und Grundbesitz – kommen auf diese Weise in ihrer ganzen Komplexität nicht in den Blick. Ein weiteres Problem ergab sich aus der unterschiedlichen Überlieferungs- und Forschungsgeschichte: Kleinere Orte mögen übergewichtet erscheinen, während größere aufgrund des beschränkten Gesamtumfangs des Bandes vergleichsweise konzentriert dargestellt werden mussten.

Viele Einzelfragen hätten sich je nach Quellenlage in sehr unterschiedlichem Umfang beantworten lassen. Um ein überschaubares Handbuch vorzulegen, musste der Seitenumfang der einzelnen Ortsartikel jedoch limitiert werden. Soweit vertretbar setzen die Beiträge dennoch eigene Akzente und Schwerpunkte. Solche Unterschiede erklären sich aus regionalen Besonderheiten, aus dem unterschiedlichen Forschungsstand der Lokalgeschichte und der ungleichmäßigen Überlieferung.

3 Gliederungsprinzip

Den Ortsartikeln liegt in erster Linie ein chronologisches Gliederungsprinzip zugrunde, wobei soziale, kulturelle, gesellschaftliche und politische Aspekte ebenso berücksichtigt werden wie demographische und ökonomische Entwicklungen. Alle Ortsartikel folgen einem einheitlichen Schema, so dass Vergleiche gezogen, Parallelen und Divergenzen sichtbar werden. Der allgemeine Aufbau eines Ortsartikels orientiert sich aber auch an der Sachthematik. Details wie etwa die Beteiligung der Juden am politischen und gesellschaftlichen Leben oder die Angabe der Bevölkerungszahlen (Gliederungspunkt 2.2.1) in den Zeitschnitten 1843, 1858, 1871, 1895 und 1925 lassen die Vergleichbarkeit der Situation in den behandelten Orten – soweit sie in der ehemaligen preußischen Provinz⁸ lagen – zu.

Am Anfang stehen kurze Informationen über wechselnde Zugehörigkeiten zu Territorien und Verwaltungsbezirken (Gliederungspunkt 1), wobei die Zeit zwischen den Anfall an Preußen 1815 (Zugehörigkeit bis 1946) und der kommunalen Gebietsreform 1975 aufgrund der einheitlichen gesetzlichen und strukturellen Rahmenbedingungen nicht dargelegt werden musste. Die anschließend aufgeführte erste amtliche Zuordnung einzelner jüdischer Gemeinschaften zu Synagogenbezirken schwankte in der Folgezeit zum Teil erheblich und entsprach häufig nicht der heute gültigen politischen Gemeindegliederung, die gleichwohl die Ordnung der Ortsartikel bestimmt. Diese Differenz ist bei der Suche nach bestimmten jüdischen Wohnorten zu bedenken.

Es folgen Ausführungen zur Geschichte der jüdischen Gemeinschaft des jeweiligen Ortes in zeitlichen Abschnitten (Gliederungspunkt 2). Berücksichtigung finden darin auch die innere Gemeindestruktur und -verfassung sowie die Betätigung einzelner Mitglieder in der eigenen Gemeinschaft wie auch in Kultur und Wissenschaft und im politischen Umfeld. Die Beschreibung von Gemeindeeigentum (insbesondere Synagogen und Friedhöfe) sowie von privaten Gebäuden in jüdischem Besitz erfolgt unter Gliederungspunkt 3. Dabei wird nur Grundsätzliches referiert und gegebenenfalls auf

8 Fehlende Angaben in den Referenzjahren bedeuten, dass keine statistischen Angaben vorliegen, d. h. es wohnten in dem Ort zu dem Zeitpunkt keine Juden. In der gedruckten Preußischen Statistik für 1925 stimmt die aufgeführte Summe nicht immer mit der Addition der zuvor genannten einzelnen Zahlen überein, dies ist mit einem Ausrufezeichen in Klammern [!] kenntlich gemacht. Listen aus der Vormoderne, auch wenn sie zeitgleich erstellt wurden, enthalten manchmal unterschiedliche Angaben, hierauf wurde nicht gesondert verwiesen.

das einschlägige Werk von Elfi Pracht-Jörns verwiesen.⁹ Abschließend finden sich unter Gliederungspunkt 4 Quellen und Literatur.

4 Benutzungshinweise

Weitere Hinweise zu einzelnen Gliederungspunkten:

- Da die Gesetzgebung und deren praktische Umsetzung bei Änderungen der territorialen Zugehörigkeit ¹⁰ (Gliederungspunkt 1.2) zeitlich nicht immer übereinstimmen oder durch militärische Besetzungen vorweggenommen wurden, werden teilweise zwei Jahreszahlen angegeben, z. B. 1806/07.

- Für Stadt und Land galten bis in das 19. Jahrhundert hinein u. a. unterschiedliche Gesetze, aus diesem Grund werden Stadt- bzw. Wigboldrecht genannt.

- Bei der Auflistung der Archivalien (4.1) sind nicht nur die benutzten Bestände der einzelnen Archive erwähnt, sondern – anders als im Münster-Band – nach Möglichkeit auch die Aktennummern.

- In 4.2 werden nicht alle vorhandenen Abbildungen aufgeführt.

- In Gliederungspunkt 4.3 (gedruckte Quellen) werden die für die Beiträge ausgewerteten Einzelartikel der Zeitungen – z. B. ‚Israelitisches Familienblatt‘ – mit konkretem Datum nachgewiesen. Wurden mehr als drei Artikel für einen Beitrag ausgewertet, erfolgt nur die Angabe der Jahrgänge, um die Quellenangaben nicht zu überfrachten.

- Gliederungspunkte entfielen, wenn keine Informationen dazu vorlagen.

- Auf einen Anmerkungsapparat wurde bei den Ortsartikeln verzichtet und stattdessen die benutzte Literatur summarisch zusammengefasst.

- Auf die grundlegende und einschlägige ortsübergreifende Literatur erfolgt in den Ortsartikeln des Bandes Arnsberg – wie schon im Band Detmold, aber anders als im Band Münster – kein gesonderter Hinweis, dieses Vorgehen war aufgrund des erheblichen Umfangs des Bandes notwendig. Der Gliederungspunkt 4.4 führt deshalb nur ortsbezogene Literatur speziell zur jüdischen Geschichte auf. Die in den Ortsartikeln nur abgekürzt zitierten Werke sowie die einschlägige Überblicks-Literatur finden sich im zusammenfassenden Literaturverzeichnis am Ende des Bandes.

- In den Texten entfällt der Zusatz ‚jüdisch‘, wenn der Bezug sich aus dem Kontext ergibt. Ebenso wird nicht bei jeder Erwähnung des Haindorfschen Vereins, seit 1866 Marks-Haindorf-Stiftung, auf dessen Standort Münster verwiesen.

- Bei den Daten in Klammern hinter den Herrschernamen handelt es sich um Regierungs-, nicht um Lebensdaten.

- Alle Ortsnamen erscheinen grundsätzlich in der heute üblichen Form. Im Ortsregister, das alle vier Bände erschließen wird, werden gegebenenfalls auch die landessprachlichen Namen aufgeführt.

- Die in den Quellen unterschiedliche Schreibweise von Personennamen wird in den einzelnen Ortsartikeln weitgehend übernommen.

- Quellenzitate sind mit „doppelten Anführungszeichen“ gekennzeichnet, NS-Begriffe und Eigennamen von Firmen, Vereinen usw. mit ‚einfachen Anführungszeichen‘.

- In das Glossar wurden ausgewählte Begriffe mit jüdischen Betreffen – sowohl Religion und Kultus als auch jüdische Institutionen und rechtliche Sachverhalte, u. a.

9 PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe in Nordrhein-Westfalen, Bd. V: Regierungsbezirk Arnsberg <Köln 2005>. Abweichungen von den Angaben bei Pracht-Jörns wurden nicht gekennzeichnet.

10 Die genauen Daten der Zugehörigkeit zum Großherzogtum Berg und zum Großherzogtum Hessen (-Darmstadt) werden ebenso wenig angeführt wie die der Übergangszeit 1813–1815 (preußisches Zivil-/Militärgouvernement zwischen Weser und Rhein).

aus der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft – aufgenommen. Die Schreibweise hebräischer Begriffe orientiert sich dabei am ‚Philo-Lexikon‘¹¹.

- Am Ende des Bandes erleichtert ein alphabetisch geordnetes Verzeichnis aller in den Teilbänden für die drei Regierungsbezirke behandelten jüdischen Gemeinden und Gemeinschaften deren Auffinden, da sie sowohl die frühere Bezeichnung als auch die heutige politische Zugehörigkeit des Ortes aufführt.

Herausgeber und Redaktion

11 Philo-Lexikon. Handbuch des jüdischen Wissens <ND der 3. Auflage von 1936, Frankfurt 1992>.

Liste der Ortsartikel

Alme → BRILON-Alme
ALTENA
Annen → WITTEN-Annen
ANRÖCHTE
Aplerbeck → DORTMUND-Aplerbeck
ARNSBERG
ARNSBERG-Hüsten
ARNSBERG-Neheim
ATTENDORN
BAD BERLEBURG
BAD BERLEBURG-Elsoff
BAD BERLEBURG-Schwarzenau
BAD LAASPHE
BAD SASSENDORF-Ostinghausen
Bad Westernkotten → ERWITTE-Bad Westernkotten
BALVE
Belecke → WARSTEIN-Belecke
Beringhausen → MARSBERG-Beringhausen
Berleburg → BAD BERLEBURG
Bigge → OLSBERG-Bigge
Blankenstein → HATTINGEN-Blankenstein
BOCHUM
BOCHUM-Wattenscheid
Bödefeld → SCHMALLENBERG-Bödefeld
Bork → SELM-Bork
Brambauer → LÜNEN-Brambauer
BRILON
BRILON-Alme
BRILON-Madfeld
Büderich → WERL-Büderich
Burgholdinghausen → KREUZTAL-Burgholdinghausen
Dorstfeld → DORTMUND-Dorstfeld
DORTMUND
DORTMUND-Aplerbeck
DORTMUND-Dorstfeld
DORTMUND-Hörde
DORTMUND-Mengede
DORTMUND-Wickede
Eickelborn → LIPPSTADT-Eickelborn
Elsoff → BAD BERLEBURG-Elsoff
Ergste → SCHWERTE-Ergste
ERWITTE
ERWITTE-Bad Westernkotten
ERWITTE-Horn
ESLOHE
ESLOHE-Wenholthausen
Essentho → MARSBERG-Essentho

FINNENTROP-Lenhausen
 FRÖNDENBERG
 GESEKE
 GEVELSBERG
 Giershagen → MARSBERG-Giershagen
 HAGEN
 HAGEN-Hohenlimburg
 HALLENBERG
 HAMM
 HATTINGEN
 HATTINGEN-Blankenstein
 Heddinghausen → MARSBERG-Heddinghausen
 HEMER
 Hennen → ISERLOHN-Hennen
 Herbede → WITTEN-Herbede
 HERDECKE
 HERNE
 HERNE-Wanne-Eickel
 Herzfeld → LIPPETAL-Herzfeld
 HILCHENBACH
 Hohenlimburg → HAGEN-Hohenlimburg
 Hörde → DORTMUND-Hörde
 Horn → ERWITTE-Horn
 Hovestadt → LIPPETAL-Hovestadt
 Hüsten → ARNSBERG-Hüsten
 ISERLOHN
 ISERLOHN-Hennen
 ISERLOHN-Oestrich
 KAMEN
 Körbecke → MÖHNESEE-Körbecke
 KREUZTAL-Burgholdinghausen
 KREUZTAL-Littfeld
 Laasphe → BAD LAASPHE
 Langenei → LENNESTADT-Langenei
 Lenhausen → FINNENTROP-Lenhausen
 LENNESTADT-Langenei
 LENNESTADT-Oedingen
 Lipperode → LIPPSTADT-Lipperode
 LIPPETAL-Herzfeld
 LIPPETAL-Hovestadt
 LIPPETAL-Oestinghausen
 LIPPSTADT
 LIPPSTADT-Eickelborn
 LIPPSTADT-Lipperode
 Littfeld → KREUZTAL-Littfeld
 LÜDENSCHIED
 LÜNEN
 LÜNEN-Brambauer
 Madfeld → BRILON-Madfeld
 MARSBERG-Beringhausen
 MARSBERG-Essentho

MARSBERG-Giershagen
MARSBERG-Heddinghausen
MARSBERG-Niedermarsberg
MARSBERG-Obermarsberg
MARSBERG-Padberg
MARSBERG-Udorf
MEDEBACH
MEINERZHAGEN
MENDEN
Mengede → DORTMUND-Mengede
MESCHEDE
MÖHNESEE-Körbecke
Neheim → ARNSBERG-Neheim
Neuenkleusheim → OLPE-Neuenkleusheim
NEUENRADE
Niedermarsberg → MARSBERG-Niedermarsberg
Obermarsberg → MARSBERG-Obermarsberg
Oedingen → LENNESTADT-Oedingen
Oestereiden → RÜTHEN-Oestereiden
Oestinghausen → LIPPETAL-Oestinghausen
Oestrich → ISERLOHN-Oestrich
OLPE
OLPE-Neuenkleusheim
OLPE-Rhode
OLSBERG-Bigge
Ostinghausen → BAD SASSENDORF-Ostinghausen
Padberg → MARSBERG-Padberg
PLETTENBERG
Rhode → OLPE-Rhode
RÜTHEN
RÜTHEN-Oestereiden
Scheidingen → WELVER-Scheidingen
SCHMALLENBERG
SCHMALLENBERG-Bödefeld
Schwarzenau → BAD BERLEBURG-Schwarzenau
SCHWELM
SCHWERTE
SCHWERTE-Ergste
SELM-Bork
SIEGEN
SOEST
Stockum → SUNDERN-Stockum
SUNDERN-Stockum
Udorf → MARSBERG-Udorf
UNNA
Wanne-Eickel → HERNE-Wanne-Eickel
WARSTEIN
WARSTEIN-Belecke
Wattenscheid → BOCHUM-Wattenscheid
WELVER-Scheidingen
Wenholthausen → ESLOHE-Wenholthausen

WERL

WERL-Büderich

WERNE

Wickede → DORTMUND-Wickede

WINTERBERG

WITTEN

WITTEN-Annen

WITTEN-Herbede

Gliederungsschema der Ortsartikel

- 1 KURZINFORMATION
 - 1.1 Ort, Kreiszugehörigkeit
 - 1.2 Staatliche und kultische Zugehörigkeit
- 2 GESCHICHTE, ORGANISATION UND TÄTIGKEITSFELDER DER JÜDISCHEN GEMEINSCHAFT
 - 2.1 Geschichte der Gemeinschaft
 - 2.1.1 Jüdisches Leben bis zum Ende des Alten Reiches
 - 2.1.2 Jüdisches Leben im 19. Jahrhundert und in der Weimarer Republik
 - 2.1.3 Jüdisches Leben in der Zeit des Nationalsozialismus
 - 2.1.4 Neuanfänge in der Nachkriegszeit und Erinnerungskultur
 - 2.2 Verfassung, Organisation und Tätigkeitsfelder der Gemeinschaft
 - 2.2.1 Innere und äußere Organisation
 - 2.2.2 Kultus und Kultusort
 - 2.2.3 Schul- und Religionsunterricht
 - 2.2.4 Soziale Betätigung
 - 2.3 Tätigkeitsfelder einzelner Gemeindemitglieder
 - 2.3.1 Amts- und Funktionsträger
 - 2.3.2 Herausragende Persönlichkeiten
 - 2.3.3 Beteiligung an politischen und sonstigen Vereinigungen
- 3 BAU- UND KUNSTDENKMÄLER
 - 3.1 Gemeindeimmobilien
 - 3.2 Wohnhäuser, gewerbliche und industrielle Anlagen
 - 3.3 Friedhöfe
- 4 QUELLEN UND LITERATUR
 - 4.1 Archivalien
 - 4.2 Fotos, Gemälde, Ansichten, Grundrisse und Lagepläne
 - 4.3 Gedruckte Quellen, Quellensammlungen, Findbücher, Regesten- und Nachschlagewerke
 - 4.4 Ortsbezogene Literatur

und Wittener Straße. Angaben zu jüd. Hausbewohnern bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 204f. Einige der z. T. ansehnlichen Wohn- und Geschäftshäuser sind erhalten.

3.3 Tote aus Gevelsberg wurden zunächst auf dem jüd. Friedhof in Schwelm begraben; dort finden sich Grabsteine von drei Gevelsberger Juden (Leni Bouscher sowie Isidor und Gertrud Wendriner), die zwischen 1913 und 1925 starben. Mitte der 1920er Jahre wurde auf dem städtischen Waldfriedhof an der Waldstraße in Gevelsberg ein 77 m² großes jüd. Gräberfeld (A 2) in der Nähe der Friedhofskapelle ausgewiesen. Vier Grabsteine aus der Steinmetzwerkstatt des bekannten jüd. Bildhauers Leopold Fleischhacker aus Düsseldorf sind hier erhalten. Zwischen 1927 und 1938 wurden auf dem Waldfriedhof Hedwig Rosenthal geb. Gompertz, Albert Abt, Ida Weinberg geb. Rosenthal, Joseph Rosenthal und Fedor Rosenthal bestattet.

4.1 LAV NRW Abt. W (Münster), Regierung Arnsberg, Schulregistratur II D Nr. 384.

4.2 Fotos der Grabsteine und von Wohn- und Geschäftshäusern bei: PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 248–250. Weitere Abb. bei KAPPEL, Unbekannt, wohin verzogen 14, 21f. u. 72f., u. a. Porträts der jüd. Gefallenen Markus Bouscher, Dr. Alfred Aronheim und Sally Heymann im ‚Gevelsberger Heldenbuch‘.

4.3 Beiblatt zum 41. Stück des Amtsblattes der Königl. Regierung <Arnsberg 1846> 24–27. – Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 13/14–22 <1842–1858>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 67. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 52.

4.4 KAPPEL Rolf, Unbekannt, wohin verzogen. Jüdinnen und Juden in Gevelsberg, hg. von der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Hagen und Umgebung e. V. <Hagen 1991>.

Joachim Ruffer

HAGEN

1.1 Stadt Hagen, kreisfrei

1.2 Bis 1806/07 Gft. Mark (Brandenburg-Preußen); nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHZtm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – 1746 Stadtrechtsverleihung, 1887 kreisfreie Stadt.

Zum 1855 eingerichteten Synagogenbezirk Hagen gehörten die Juden im Kreis Hagen. Juden wohnten in der Stadt Hagen, in den Gemeinden des Amtes Hagen (u. a. Gemeinden Eilpe, Wehringhausen, Eppenhäusen), des Amtes Ennepesstraße (u. a. Gemeinden Haspe und Kückelhausen), des Amtes Boele (u. a. Gemeinden Boele und Eckesey) und des Amtes Breckerfeld (u. a. Stadt Breckerfeld, Gemeinde Dahl). In der Landgemeinde Schwelm und in Herdecke (beide damals Kreis Hagen) bestanden Untergemeinden.

2.1.1 Für 1714 ist eine jüd. Betstube in Hagen belegt. 1717 waren unter den 551 Einwohnern des ‚Fleckens‘ Hagen 14 Juden in vier Familien. Jeweils zwei Haushaltsvorstände verdienten ihren Lebensunterhalt als Glasmacher und Schlachter; für 1722 finden sich die gleichen Angaben. 1737 lebten im Haushalt des verwitweten Schlachters

Meyer David vier Kinder, beim Schlachter und Glasmacher Nathan Isaac wohnten seine Frau, ein Kind sowie eine Magd und ein Knecht, zum Haushalt von Abraham Salomon gehörten seine Frau und drei Kinder. 1748 ist der Schlachter Meyer David verzeichnet, im selben Jahr dienten dem Jacob Abraham „ein Junge und sein Bruder Salomon“ als Dienstpersonal. In das Geleit des verstorbenen Nathan Isaac war sein Sohn Jacob Nathan eingetreten, neben seiner Mutter und vier Kindern gehörten zu diesem Haushalt ein Knecht, eine Magd und ein Schulmeister. Die Ausübung des vom Vater übernommenen Gewerbes der Glasmacherei war Jacob Nathan verboten worden, so dass er als Schlachter arbeitete. Keiner der drei Haushaltsvorstände verfügte über Immobilienbesitz. Nach der 1750 mit dem Generalreglement erfolgten Unterteilung in ordentliche und außerordentliche Schutzjuden erhielten Jacob Nathan und Jacob Abraham einen ordentlichen und somit erblichen Schutz, Meyer David („ein Todten Gräber, arm“) musste sich mit einem außerordentlichen Niederlassungsrecht begnügen. 1752 lebten in den drei Haushalten 22 Personen. 1756 wurde das Vermögen von Jacob Abraham, der einen Knecht beschäftigte, auf über 200 Rtlr. geschätzt, das von Jacob Nathan, zu dessen Haushalt ein Knecht und eine Magd gehörten, auf über 300 Reichstaler. Elias Meyer, Sohn des verstorbenen Meyer David, arbeitete als Schlachter und verfügte mit 1000 Rtlr. über das höchste Vermögen der Juden am Ort. In der zweiten Hälfte des 18. Jh. bedrohten die wachsenden Restriktionen die kleine Gemeinschaft: Da alle Hagener ‚Ordinariii‘ nach dem Gesetz als ‚arm‘ galten, geriet die Vererbung ihres Schutzes in Gefahr, da bereits beim ersten Sohn ein Vermögensnachweis von 1000 Rtlr. gefordert wurde (beim zweiten Sohn 2000 Rtlr.). In den Familien von Jacob Abraham und Elias Meyer lässt sich wohl deshalb bis 1806 keine ‚Ansetzung‘ eines Sohnes nachweisen. 1789 heißt es über die Hagener Jüdin Prinz, Tochter des Jacob Abraham: „...hat einen fremden Juden geheyrathet und muß aus dem Lande geschafft werden“. So lebte 1806 von den ursprünglich drei ordentlichen Schutzjudenfamilien nur noch die von Jacob Nathan in der Stadt, dessen Sohn Jordan Jacob sich 1795 etabliert hatte.

Die fehlende Fortsetzung verarmter ordentlicher Schutzjudenfamilien wurde rein quantitativ kompensiert durch die Vergabe außerordentlicher, nicht vererbbarer Schutzbriefe. Einen solchen Schutzbrief für Hagen erhielt 1782 Abraham Israel, der zuvor bereits als Koller in der Stadt tätig gewesen war und seine Approbation als ‚publiquer Bedienter‘ 1767 erhalten hatte. Er geriet in den folgenden Jahren in Konflikt mit dem Berliner Generalfiskalat, da er entgegen den geltenden Bestimmungen mit einem eigenen Handel hinzuverdiente und noch dazu ohne Genehmigung heiratete, so dass ihm 1781 die Ausweisung drohte; 1782 gelang ihm der Aufstieg zum ordentlichen Schutzjuden. 1796 werden die vier jüd. Familien des Jordan Jacob, des Jacob Abraham, des Abraham Israel und der Witwe Elias Meyer für Hagen erwähnt. 1800 folgte als fünfte Familie die des Gabriel Levy, 1805 als sechste die des Isaac Mainzer. Gabriel Levys Konzession gestattete ihm die Eröffnung eines „öffentlichen Ladens mit Ellenwaaren“. Er konnte ein Vermögen von über 10 000 Rtlr. nachweisen und wurde zum Gemeindevorsteher gewählt, seine Söhne Abraham und Nathan sollten in der Hagener Stadtpolitik und Bürgerschaft des 19. Jh. eine wichtige Rolle spielen. 1801 klagte der Landrat des Kreises Wetter beim Hagener Magistrat über jüd. Händler aus Hagen, die in den Dörfern seines Bezirks verbotenerweise hausieren würden. Aber auch über jüd. Händler aus anderen Territorien wurde Klage geführt. So liefen Juden aus der benachbarten, bis 1808 souveränen Gft. Limburg „häufig in der Stadt und auf dem Lande umher“ und handelten „sehr zum Nachteil“ des örtlichen Glashandwerks mit Glaswaren. Der Magistrat reagierte unverzüglich mit polizeilichen Maßnahmen zur Vertreibung der Limburger Juden.

2.1.2 Ein Sohn des Abraham Israel aus Hagen, Aaron Abraham, wurde 1805 beim Hausieren ‚Auf der Halle‘ zwischen Haspe und Vorhalle ausgeraubt und ermordet. Im

selben Jahr wollte der jüd. Kaufmann Isaac Mainzer aus Nieheim (Kreis Höxter) in Hagen eine ‚Pottasche-Calcinier-Anstalt‘ gründen. Ab 1818 ist Falk Blankenstein aus der Nähe von Darmstadt in Hagen nachweisbar. Auch sein Bruder Jakob Blankenstein wird genannt, dessen Niederlassung in Hagen mit großen Schwierigkeiten verbunden war. 1818 konstatierte der Bürgermeister, dass sich die Zahl der jüd. Einwohner in Hagen seit 1790 kaum vergrößert habe. Die Juden, die überwiegend in der Stadt wohnten, beschäftigten sich ausschließlich mit Handel, Hausieren und Schlachten. Lediglich ein jüd. Familienvorstand besaß zu dieser Zeit Hauseigentum. Der Bürgermeister merkte an, dass die Juden ihre Knechte einsetzten, „um das Land mit Waren zu überschwemmen“, die „niemand so richtig gebrauchen“ könne. 1834 werden als Manufakturwarenhändler in Hagen Israel Abraham und Gabriel Levy genannt, als Betreiber einer Ellenwarenhandlung Asur, Jacob und Levy Blankenstein, Cain Ruben (später Ruben Kahn), Leeser Elias, Abraham Mannheimer und Samuel Isaac. 1838 lebten in Hagen 17 jüd. Familien: Ascher, Falk, Jacob und Levi Blankenstein, Samuel Isaac, Marcus und Israel Abraham, Simon Heilbron/Heilbron, Simon Jordan, Leeser Elias, Levi Kallmann, Nathan Herstein, Salomon Löwenthal, Eli Meier sowie die Witwen von Gabriel Levy, Ruben Kahn und von Mannheimer. In der Mehrzahl handelte es sich um Händler und Kaufleute, die überwiegend ein Ladengeschäft betrieben, ferner um Schlachter und Metzger. Drei Familien lebten in ‚guten‘, sieben in ‚mittelmäßigen‘, der überwiegende Teil jedoch in ‚schlechten‘ Verhältnissen. Bis 1846 war die Anzahl der in Hagen ansässigen jüd. Familien weiter angewachsen. In diesem Jahr sind verzeichnet: die Handelsmänner Moses Aron Atstein, Jacob Blankenstein, Levi Blankenstein, Salomon Isaac Löwenthal, Isaac Samuel Stern, Jacob Meyer, die Händlerin Henriette Salomon Lilienthal, als Kaufmann Israel Abraham Ostwald und die Witwe von Gabriel Levy, die Metzger Falk Blankenstein, Levi Callmann, Nathan Herstein, Abraham Heilbron, Simon Heilbron, die Näherin Hanna Jordan, der Direktor einer Türkischrot-Färberei und Druckerei Louis Callmann, der Lehrer Jonas Coosmann, ohne Berufsangabe Theodore Callmann, Eli Meyer Löwenstein, Israel Lehmann Ostwald, Markus Abraham Ostwald, ferner die Witwen von Ascher Blankenstein, Elias Heilbron und Simon Jordan. Von den 24 Familien hatten 17 bereits zuvor feste Familiennamen geführt. Neu angenommen hatten ihre Nachnamen Moses Aron Atstein, Henriette Salomon Lilienthal, Eli Meyer Löwenstein, Israel Abraham Ostwald, Israel Lehmann Ostwald, Markus Abraham Ostwald und Isaac Samuel Stern. 1849 zog die Familie des Levi Neuwald von Berchum nach Hagen.

In der zweiten Hälfte des 19. Jh. stieg die Anzahl der in Hagen lebenden Juden insbesondere durch Zuzüge aus dem Umland weiter an. Ausschlaggebend war die günstige wirtschaftliche Entwicklung der Stadt. Mit der starken Industrialisierung des Ruhrgebiets hatte sich der Vieh- und Kornhandel jüd. Händler u. a. nach Hagen verlagert. Da die Stadt an einem wichtigen Verkehrsknotenpunkt lag, wurde in den 1870er Jahren ein Börsenverein in Hagen gegründet. Noch vor Ende des 19. Jh. verlor Hagen jedoch gegenüber Dortmund immer stärker an Bedeutung, so dass der Hagener Börsenverein 1888 aufgelöst wurde und eine neue Getreidebörse in Dortmund entstand. War es dem kapitalkräftigen Unternehmer Gottfried Salomon 1824 noch verwehrt worden, in Hagen ansässig zu werden und eine Tuchfabrik zu gründen, so ist Louis Callmann 1846 als Direktor einer Tuchfärberei und Stoffdruckerei belegt. Jüd. Unternehmen aus Hagen waren in der Region bekannt. So entstand z. B. 1850 das Glas- und Porzellanfachgeschäft von Moritz Bachrach. Julius Löwenstein gründete 1867 in der Elberfelder Str. ein Modekaufhaus, das auch überregional viel beachtete Modeschauen veranstaltete. Der Dipl.-Ing. Alfred Eckstein zeichnete seit 1907 maßgeblich für wichtige Bauvorhaben in Hagen verantwortlich, u. a. für das Parkhaus im Stadtgarten, die Stadtparkasse, die Hallenschulen in Altenhagen und Oberhagen sowie die 1924 eingeweihte Stadthalle.

Gemeindemitglieder nahmen an den Kriegen von 1864, 1866 und 1870/71 teil, 1871 wurde für den gefallenen Abraham Löwenstein eine Gedenktafel enthüllt. Für ihren Einsatz im Ersten Weltkrieg erhielten mehrere Hagener Juden das EK I und II; Willi Cahn wurde 1918 zum Offizier befördert. An die getöteten Soldaten der Einigungskriege und des Ersten Weltkriegs erinnert noch immer eine in den 1920er Jahren angefertigte Gedenktafel in der 1960 errichteten neuen Synagoge. Verstärkt seit 1871 sind in Hagen antisemitische Aktivitäten zu verzeichnen, gegen die sich u. a. die linksliberale ‚Freisinnige Volkspartei‘ engagierte. 1905 zerkratzten angetrunkene Männer „der sogenannten besseren Stände“, wie das ‚Israelitische Familienblatt‘ schrieb, mehrere Schaufensterscheiben vorwiegend jüd. Geschäfte und ritzten das Wort ‚Jud‘ ein. Auch in den 1920er Jahren kam es zu antisemitischen Schmierereien und Verwüstungen, so etwa 1924 auf dem jüd. Friedhof in Eilpe. Die Gemeindevorstände und Rechtsanwältinnen Dr. Ferdinand David und Dr. Adolf Nassau gingen bis in die Anfangsphase der NS-Herrschaft immer wieder gegen die antisemitischen Parolen vor, die die NSDAP sowie der spätere Hagener Oberbürgermeister und stellvertretende Gauleiter Heinrich Vetter verbreiteten. Im Rahmen von zunehmend radikaleren Aktionen der NSDAP warf man dem Stadtverordneten Dr. David 1932 im Zusammenhang mit der Kommunalwahl Korruption zugunsten der SPD vor, ferner Rechtsbeugung zu Ungunsten von NSDAP-Mitgliedern. Im Kaufhaus Gebr. Alsberg verteilte die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) im selben Jahr Flugblätter, darin wurden u. a. die Beschäftigten als ‚Judenknechte‘ diffamiert.

Ein facettenreiches innerjüd. Vereinsleben ist für Hagen belegt: 1883 wurde eine Ortsgruppe der ‚Alliance Israélite Universelle‘ mit 32 Mitgliedern gegründet, 1893 die Hagener Sektion des ‚Vereins zur Abwehr des Antisemitismus‘. 1885 wird die jüd. ‚Gesellschaft Harmonie‘ erwähnt. Auf Betreiben des Lehrers Abt entstand 1905 eine Ortsgruppe des ‚Vereins für jüdische Geschichte und Literatur‘; mindestens bis Mitte der 1920er Jahre wurde sie von Dr. med. Wolff geleitet, 1907 hatte sie 94 Mitglieder. 1903 wird ein ‚Jüdischer Jugendbund‘ erwähnt, dessen Leiter – auch noch 1932 – der Lehrer und Kantor Willy Abt war. Dem ‚Jüdischen Jugendverein‘ mit 70 Mitgliedern stand 1913 Dr. jur. David vor, auch 1925 war er noch Vorsitzender. Eine RjF-Ortsgruppe wurde Ende 1924 in Hagen gegründet, zum Vorsitzenden wurde Willy Sommer gewählt, Inhaber des Kaufhauses Gebr. Alsberg. Der Ertrag des Gründungsfestes bildete den Grundstock für die Errichtung eines Ehrenmals, 1927 rief man einen ‚Kameradenhilfsfonds‘ ins Leben. Am Ende der Weimarer Republik leitete der Rechtsanwalt Dr. Eichenwald die RjF-Ortsgruppe, die auch 1938 noch erwähnt wird. 1926 wurde eine RjF-Sportgruppe etabliert, die sich dem Stadtausschuss für Jugendpflege in Hagen anschloss. Vom Ende der 1920er bis mindestens Mitte der 1930er Jahre bestand eine CV-Ortsgruppe, ihr Vorsitzender war Dr. Ferdinand David. Ende 1934 ist eine Ortsgruppe des ‚Bundes deutsch-jüdischer Jugend‘ belegt. 1936 bis 1938 wird eine Tischtennismannschaft ‚Schild‘ Hagen erwähnt; das Schild-Heim befand sich in der Frankfurter Straße, ein eigener Fußballplatz stand zur Verfügung. Im Aug. 1935 nahmen Teilnehmer aus Hagen an einem Sportfest des Makkabi-Kreises in Mönchengladbach teil. Auch die Zionisten organisierten sich: Für 1922 ist eine zionistische Gruppe mit 39 Mitgliedern belegt. Anfang 1936 wurde in Hagen eine Ortsgruppe der WIZO (Women’s International Zionist Organization) gebildet.

Neben der jüd. Gemeinde bestand in den 1920er Jahren in Hagen eine orthodoxe Religionsgemeinschaft mit überwiegend ostjüd. Mitgliedern, sie war besonderen Agitationen der völkisch-antisemitischen Organisationen ausgesetzt. 1926 flog ein Korruptionsskandal beim Hagener Einwohnermeldeamt auf, wo nach Zahlung von Bestechungsgeldern widerrechtlich Pässe ausgestellt, Aufenthalts- und Heiratsgenehmigungen erteilt worden waren. Zahlreiche ostjüd. Familien waren involviert, es kam zu Verfahren wegen Urkundenfälschung und Passvergehen. Die Haupttäter erhielten

Haftstrafen, mehrere Ostjuden wurden ausgewiesen. In den 1930er Jahren umfasste der ostjüd. Gemeindeteil etwa 40 Personen, ihr Vorsitzender war 1931 Leo Jolles. Die Gruppe betrieb eine eigene Talmud-Thora-Schule, ihre Gottesdienste hielt sie in einem Betraum in der Körnerstr. ab.

In weiteren heutigen Hagener Ortsteilen wohnten im 19. Jh. Juden. Nach Eilpe zog 1815 der Metzger Daniel Michel. 1846 waren dort Jacob Aron Aronstein, Simon Aron Aronstein und Daniel Kahn als selbständig tätige Juden verzeichnet; Kahn nahm den Namen neu an, die anderen hatten ihre Nachnamen zuvor schon geführt. In Kückelhausen war 1846 der Metzger Leßmann Lazarus Rosenthal als selbständig tätiger Jude verzeichnet, den Familiennamen hatte er neu angenommen. In Breckerfeld waren im selben Jahr Selig Cahn und Levi Falk als selbständig tätige Juden verzeichnet, sie hatten ihre Familiennamen bereits zuvor geführt. In Haspe sind in den 1870er Jahren die Familie Rosenbaum, nach der Jahrhundertwende die Familien Kirschenbaum und Schlesinger nachgewiesen; zwei Juden fielen im Ersten Weltkrieg. Für Wehringhausen ist in den 1860er Jahren der Metzger Nathan Nassauer genannt, gegen den das Kreisgericht wegen Betrugs ermittelte.

2.1.3 Im Jahr 1933 hatte die jüd. Gemeinde in Hagen etwa 650 Mitglieder. Hinzu kamen etwa 120 Personen jüd. Abstammung, die konvertiert waren oder keiner Konfession mehr angehörten; mindestens 40 jüd.-christl. ‚Mischehen‘ gab es im Stadtgebiet. Etwa ein Drittel der Gemeindemitglieder waren Ostjuden, nach Dortmund hatte Hagen damit in Westfalen den zweithöchsten Anteil ostjüd. Bevölkerung. Die Ostjuden wohnten in der Regel in Arbeiterwohnbezirken und verfügten über keinen Grundbesitz. Nachdem das preuß. Innenministerium am 17. Februar 1933 das Abschiebungsverbot für Ostjuden aufgehoben hatte, wurden 1933/34 mehrere Ostjuden ausgewiesen bzw. verließen die Stadt; betroffen waren u. a. Isaak Landsberg und Jacob Moses Gutgold, die 1933 nach Palästina auswanderten. Nach massiven Drohungen durch SA-Männer und Parteiangehörige floh der Vorsitzende des Ostjudenverbandes, Emil Haspel, 1934 nach Polen.

Die selbständigen Erwerbstätigen der jüd. Gemeinde Hagen waren 1933 fast ausschließlich im Einzelhandel, besonders im Textil-, Bekleidungs- und Schuhhandel, in der Lebens- und Genussmittelbranche, außerdem in bestimmten Sparten des Metallwarenhandels tätig. Nach den 1933 einsetzenden öffentlichen Repressionen veröffentlichte die Synagogengemeinde Hagen – zusammen mit den Ortsgruppen des CV und des RjF – zwei Tage vor dem reichsweiten Boykott vom 1. April 1933 in der Zeitung einen Aufruf an die Bürgerschaft, in dem sie sich von der vermeintlichen Hetze gegen Deutschland im Ausland distanzierte. Es heißt darin, dass „die jüdischen Deutschen, besonders die jüdischen Bürger Hagens, jede Einmischung des Auslandes in innerdeutsche Verhältnisse“ ablehnten. Am Boykotttag (1. April 1933) verwüsteten SA- und SS-Männer die Kanzlei von Adolf Nassau und seinem jüd. Sozios. Parteilagerungen erzwangen die Schließung jüd. Geschäfte, NS-Posten standen vor Geschäftseingängen. An die Lehrer der Städt. Realschule wurde eine Liste verteilt, auf der sechs Ärzte und vier am Landgericht zugelassene Rechtsanwälte sowie zwei Referendare namentlich als Juden benannt werden. Der Liste zufolge gab es im Bereich der NSDAP-Ortsgruppe Groß-Hagen (einschließlich Herdecke) 55 jüd. Unternehmen. Bereits 1933 kam es zu mindestens 22 Geschäftsaufgaben, vornehmlich von ostjüd. Kleingewerbetreibenden. Am 12. April 1933 beschloss die Stadtverordnetenversammlung, jüd. Firmen bei der Vergabe von städtischen Aufträgen nicht mehr zu berücksichtigen. Bereits vor Erlass des ‚Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums‘ (7. April 1933) erhielt Ende März 1933 der mit einer Jüdin verheiratete Konzertmeister des Stadttheaters seine Kündigung; bis 1935 wurden 16 jüd. Beamte und vier Angestellte aus der städtischen Verwaltung entlassen. Hagen war damit eine von zwölf Städten im Deutschen Reich, die die gesamte Verwaltungsspitze verlor. Der

Arzt Dr. Georg Stern-Hanf büßte einen großen Teil seiner Praxis ein, 1934 war er auf die Unterstützung seiner niederländischen Familienangehörigen angewiesen. Ab 1935 wurde einem praktischen Arzt in ‚privilegierter Mischehe‘ trotz Wiedenzulassung als Kassenarzt nach und nach das Behandlungsrecht u. a. für Eisenbahnbeamte und Wohlfahrtsempfänger entzogen. An der Praxistür eines zum Protestantismus konvertierten und mit einer Christin verheirateten Kinderarztes brachten SA-Männer mehrfach antisemitische Plakate an. Ende 1936 wurde ein Orthopäde, der zum Katholizismus konvertiert war und in ‚Mischehe‘ lebte, durch gewalttätige Übergriffe zur Praxisaufgabe gezwungen. Nichtjüd. Ehepartner forderte die Hagener Gestapo auf, sich scheiden zu lassen. 1933/34 veröffentlichte Stadtarchivar Prof. Dr. Fritz Schemann in den ‚Hagener Heimatblättern‘ eine Artikelserie zur Geschichte der Juden in Hagen und beschloss sie mit folgenden Sätzen: „Stets auch war bis auf den heutigen Tag das Verhältnis der jüdischen Familien zu den christlichen auf gegenseitige Achtung begründet. Daß es auch in Zukunft so bleiben möge, ist im Interesse einer friedlichen, gedeihlichen Weiterentwicklung unserer Stadt aufrichtig zu wünschen.“ Schemann wurde auf Veranlassung der NSDAP verboten, weiter in der Zeitschrift zu publizieren, die herausgebende Hagener Zeitung musste eine Gegendarstellung veröffentlichen. Der Stadtarchitekt und Leiter der Entwurfabteilung im Hochbauamt, Dipl.-Ing. Alfred Eckstein (1879–1950), hatte bis Anfang der 1930er Jahre an mehreren Projekten des öffentlichen Wohnungsbaus mitgewirkt. 1935 wurde er zunächst beurlaubt und ein Jahr später aus dem öffentlichen Dienst entlassen. 1936 stellte Eckstein die Dokumentation ‚Hagen im Bau‘ fertig, ein Überblick über seine dreißigjährige Tätigkeit. Er war in ‚privilegierter Mischehe‘ verheiratet, 1939 verließ er Hagen und überlebte in Süddeutschland auf dem Land die NS-Zeit.

Im März 1935 kam es in einem Kino zu Protestkundgebungen, weil in einem Film die jüd. Schauspielerin Franziska Gaal mitwirkte. Wie in anderen Orten auch fanden zwischen Mai und Aug. 1935 antisemitische ‚Aktionen‘ gegen jüd. Geschäftsinhaber statt. Proteste des CV bei Stadtverwaltung und Regierungsstellen, auch Hinweise auf Gewalttätigkeiten gegen Juden, blieben wirkungslos. Schon lange vor dem Novemberpogrom war der Verfolgungsdruck in Hagen so groß, dass viele Juden sich gezwungen sahen, ihre Häuser und Grundstücke zu verkaufen. Ebenso wie in Dortmund legte der Gauwirtschaftsberater den Einheitswert als Maßstab für den Verkaufspreis fest, etwa 60 Prozent der Besitzer mussten zu diesem Preis verkaufen. Zwar gab es auch Käufer, die einen angemessenen Preis zu zahlen bereit waren, durch Intervention der Partei wurden sie daran jedoch gehindert. Vor dem Novemberpogrom 1938 gab es nach einer Aufstellung des Gauwirtschaftsberaters noch etwa 38 jüd. Firmen in Hagen. Bis zu diesem Zeitpunkt waren bereits 56 Liquidationen jüd. Geschäfte erfolgt (danach sollten noch 41 weitere Betriebe folgen), in mindestens 24 Betrieben hatte es ‚Zwangsarisierungen‘ gegeben (es folgten noch 15 Betriebe), ferner mindestens 36 ‚Arisierungen‘ jüd. Grundbesitzes und mindestens 49 ‚Zwangsentjudungen‘ – gemeint war damit die Entfernung der jüd. Eigentümer ohne eine Übernahme durch ‚Arier‘. Von den mehr als 270 Hagener Juden, die zwischen 1933 und 1942 auswanderten, flüchteten etwa 30 Prozent in die USA und 20 Prozent nach Palästina. Zu den Flüchtlingen gehörten stadtbekannte Persönlichkeiten: Nachdem ihr Kaufhaus ‚arisiert‘ worden war, emigrierten Mitglieder der Familie Löwenstein 1936 in die USA. Ihre Gründerzeit-Villa in der Körnerstr. erwarb die Stadtparkasse, seit Frühjahr 1943 stand sie der Hagener Gestapo als Dienstsitz zur Verfügung. Auch das 1850 in Hagen gegründete Porzellan- und Glasgeschäft Bachrach (Mittelstr. 1) wurde 1937 ‚arisiert‘, die von Moritz Bachrach angelegte und von seinen Nachfolgern fortgeführte Sammlung historischer Gläser und Porzellane gelangte teilweise ins städtische Museum. Nach dem Tod des letzten Inhabers Erwin Bachrach musste das Wohn- und Geschäftshaus 1934 verkauft werden. Die Witwe Cläre Bachrach flüchtete 1939 nach

Brüssel, wo ihre Tochter mit Familie lebte; sie wurden 1942 deportiert und ermordet. Der Sohn Hans Bachrach war 1937 mit seiner Ehefrau nach Südafrika ausgewandert.

Da verarmte Juden zunehmend aus der Volkswohlfahrt und der kommunalen Fürsorge ausgeschlossen wurden, gründete man 1935 einen Unterstützungsverein und organisierte Beitragssammlungen für den Hilfsfonds in den jüd. Gemeinden Hagen und Arnsberg. Da Hagen – ebenso wie Dortmund – bis 1937 aber bereits mehr als 40 Prozent der jüd. Bevölkerung verloren hatte, war die jüd. Gemeinde immer weniger in der Lage, ihre Fürsorgeeinrichtungen zu finanzieren; u. a. musste sie das ‚American Jewish Joint Distribution Committee‘ um Unterstützung bitten. 1938 waren 192 Hagener Juden Mitglieder im ‚Verein für Liebeswerke‘.

In den Morgenstunden des 28. und 29. Okt. 1938 verhafteten Gestapo und Kriminalpolizei im Rahmen der ‚Polenaktion‘ alle polnischen Juden, die sich in ihren Wohnungen aufhielten, 57 Personen wurden ins Hagener Polizeigefängnis eingeliefert. Gegen Mittag wurden 44 von ihnen in einem bewachten Bus nach Dortmund gebracht und von dort in Zügen unter Polizeibewachung an die polnische Grenze nach Neu-Bentschen transportiert. In der Pogromnacht am 9./10. Nov. 1938 und am folgenden Tag wurden jüd. Wohnungen und Geschäftshäuser verwüstet, die Synagoge demoliert und angezündet, zahlreiche Juden misshandelt und inhaftiert. Rollkommandos der NSDAP und ihrer Gliederungen suchten in allen Stadtteilen gekennzeichnete Wohnungen jüd. Familien (Kennzeichnung durch Zettel „Hier wohnen Juden“) auf. Warenlager jüd. Geschäfte und Wohnungen wurden geplündert, Wertsachen gestohlen, es erfolgte ein organisierter Abtransport. Mindestens 40 jüd. Männer und einige Schüler wurden im Hagener Polizeigefängnis inhaftiert, ein Teil wurde später ins Gerichtsgefängnis und von dort in ein KZ (vor allem nach Sachsenhausen) verlegt. Mindestens ein Mann, Inhaber einer Pferdemetzgerei und eines Restaurants, starb an den Folgen der erlittenen Verletzungen. Das städtische Museum übernahm zwischen 1938 und 1942 zahlreiche Gegenstände aus jüd. Privatsammlungen, darunter auch solche aus der geplünderten Hagener Synagoge.

Ab Herbst 1939 konzentrierte die Gestapo die in Hagen noch wohnhaften Juden in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung in ‚Judenhäusern‘, z. B. im Gemeindehaus Potthofstr. 16a, in der Hochstr. 70, Uhlandstr. 5, Alleestr. 33 und Heidenstr. 25. Nach dem Pogrom wurden Juden zur Zwangsarbeit herangezogen, dabei mussten sie ohne entsprechende Schutzkleidung mit gefährlichen Materialien hantieren und Schwerarbeit bei verschiedenen Baufirmen in der Region leisten. Bis Anfang 1939 wurden alle jüd. Geschäfte in Hagen durch den Gauwirtschaftsberater ‚arisiert‘. Darunter waren überregional bekannte und teilweise bereits im 19. Jh. gegründete Firmen wie das Versandhaus Löwenstein, das Modehaus Julius Löwenstein (gegr. 1867), das Kaufhaus Alsberg (gegr. 1901), das Glas- und Porzellan-Fachgeschäft Moritz Bachrach (gegr. 1850) und die Kolonialwarenhandlung Kadden. An der ‚Arisierung‘ von jüd. Eigentum sowie an der Verteilung der letzten Habe nach der Deportation waren neben zahlreichen Privatpersonen auch NSDAP, Banken, Stadtparkasse, Firmen, Behörden und die Stadtverwaltung beteiligt. So erzielte das Wohlfahrtsamt der Stadt Hagen 1942 durch die Versteigerung des Hausrats allein von sieben deportierten jüd. Familien einen an die Finanzbehörden abgeführten ‚Gewinn‘ von insgesamt 10 851 Reichsmark. Historisch interessante Sammlungen und Gegenstände erwarben die städtischen Museen zu „günstigen Preisen“ (so der Museumsdirektor) von den bedrängten Juden und von der Finanzverwaltung. Das jüd. Gemeindehaus sowie das Schulgebäude mit Lehrerwohnung wurden vom Finanzamt Hagen konfisziert, die Synagoge gelangte in den Besitz der Stadt Hagen. Die in Hagen verbliebenen Juden wurden vom Güterbahnhof Hagen über den Bahnhof Dortmund-Süd entweder im April 1942 ins Ghetto Zamość deportiert oder im Juli 1942 ins Ghetto Theresienstadt bzw. 1942/43 ins KZ Auschwitz. Mindestens 156 Hagener Juden wurden ermordet.

Im Aug. 1944 richtete die Gestapo im Klöckner-Stahlwerk in Haspe, wo bereits seit Spätsommer 1943 ein ‚Auffanglager‘ für ausländische Zwangsarbeiter existierte, ein Lager für ‚jüdische Mischlinge‘ aus dem gesamten Regierungsbezirk Arnsberg ein. Die zeitweise rund 150 Häftlinge mussten schwere Arbeiten im Klöckner-Werk erledigen, es kam zu Misshandlungen. Bei der als ‚Aktion Haase‘ bezeichneten Verhaftung von ‚Mischlingen 1. Grades‘ und von ‚jüdisch Versippten‘ wurden im Okt. 1944 alle Familienmitglieder verhaftet, ihr zurückgebliebener Besitz beschlagnahmt. In diesem Lager wurden ab Herbst 1944 auch ‚Volljuden‘ aus dem Rheinland und Ruhrgebiet temporär kaserniert, die bis März 1945 über den Hauptbahnhof Hagen deportiert wurden.

In der 1929 nach Hagen eingemeindeten Stadt Haspe wurde am 30. Jan. 1933 der jüd. Mitinhaber eines Kaufhauses überfallen und zusammengeschlagen. Bereits eine Woche vor dem offiziellen Boykotttag vom 1. April 1933 wurde die Schließung eines jüd. Geschäftes von der NSDAP erzwungen. 1934 wurden Schaufenster eines jüd. Kaufhauses eingeschlagen. Beide Inhaber wurden von Gestapobeamten abgeholt, auf dem Rückweg von SS-Männern überfallen und zusammengeschlagen. Im Sommer 1935 waren zahlreiche Klagen wegen Verstößen gegen das Boykottverbot in Haspe zu verzeichnen. Wiederholt wurden weidende Tiere gestohlen oder gequält, jüd. Viehhändler waren wegen der Überfälle und des Rückzugs der Kunden zur Einstellung ihrer Betriebe gezwungen. Im Rahmen der gauweiten ‚Aufklärungskampagne‘ durch die NS-Hago im Vorfeld des Reichsparteitags (Verkündung der ‚Nürnberger Rassegesetze‘) wurden in Haspe Transparente mit der Aufschrift: „Wer den Juden kennt, kennt den Teufel“ und „Wer bei Juden kauft, ist ein Volksverräter“ angebracht. Nach dem Pogrom 1938 musste als letztes jüd. Geschäft das von Max Heilbron an der Kölner Str. geschlossen werden. In Hagen-Vorhalle (ebenfalls ab 1929 Hagen) zwangen NSDAP, IHK und Justiz den Mitinhaber des Klinkerwerks zur Übertragung der Geschäftsanteile an ‚arische‘ Anteilseigner. In Altenhagen – seit 1901 Teil der Stadt Hagen – wurden Firmen mit jüd. Inhabern ebenfalls bereits vor dem offiziellen Boykotttag 1933 ausgegrenzt. Dem Schächter der jüd. Gemeinde und Inhaber einer kleinen koscheren Metzgerei wurde ab April 1933 der Zugang zum Schlachthof und zum Ladenlokal verwehrt, noch im selben Monat verlor er seine Anstellung bei den jüd. Gemeinden Hagen und Wuppertal-Elberfeld.

2.1.4 Die jüd. Gemeinde Hagen wurde mit Genehmigung der Britischen Militärregierung am 20. März 1946 neu gegründet. Erster Vorsitzender war bis zu seinem Tod 1977 der aus Limbach in Sachsen stammende KZ-Überlebende Richard Hirschfeld, der sich in den letzten Kriegswochen in Hagen versteckt gehalten hatte. Sein Nachfolger wurde zunächst Max Blecher, 1989 dann Gondrand Karle, ab 1994 Roman Kanarek und seit 2011 Hagay Feldheim. Juden aus verschiedenen umliegenden Orten schlossen sich der Jüdischen Kultusgemeinde Hagen an. 1950 bemühte sich die Gemeinde als Rechtsnachfolger der jüd. Gemeinde Hohenlimburg um eine Ausgleichszahlung für die dortige Synagoge. 1946 lebten 60 Juden in Hagen, ein Jahr später, als die Gemeinde insgesamt 129 Mitglieder zählte, waren es noch 18. Die Mitgliederzahl wuchs bis zum Jahr 2016 auf über 300 Personen. Gottesdienste wurden zunächst in Privatwohnungen von Gemeindegliedern – 1946/47 in der des Vorsitzenden Hirschfeld – und seit 1951 im wiederaufgebauten Gemeindehaus abgehalten. 1953 erfolgte die Anerkennung der Jüdischen Kultusgemeinde Hagen als Körperschaft des öffentlichen Rechts. 1960 wurde eine neue Synagoge in der Potthofstr. eingeweiht, die seither das Zentrum der Gemeinde bildet.

Etwa 50 Berechtigte erhoben in etwa 150 Fällen Rückerstattungsansprüche (überwiegend Immobilien) gegen Privatpersonen in Hagen. Der frühere Stadtarchitekt Alfred Eckstein, der sich nach dem Krieg an Entwürfen für den Wiederaufbau von Nürnberg und Fulda beteiligt hatte, kehrte in seinem Todesjahr 1950 nach Hagen zurück, wo seine Tochter lebte und arbeitete. In den Jahren 1982, 1986, 1990 und 1991

waren ehemalige jüd. Hagener zu einer Besuchswoche eingeladen, die Reisekosten wurden durch Patenschaften finanziert. Seit 1988 trägt ein Platz im Stadtzentrum den Namen des Justizrats Adolf Nassau, der mehr als ein Vierteljahrhundert Vorsitzender der Synagogengemeinde Hagen gewesen war. Der Dr. Ferdinand-David-Park in der Innenstadt erinnert seit 1992 an den Rechtsanwalt und ehem. SPD-Stadtverordneten. Seit 2005 nimmt Hagen an der Aktion ‚Stolpersteine‘ teil.

2.2.1 Während des 18. Jh. waren in Hagen drei bzw. vier jüd. Familien ansässig. 1798 lebten in Hagen unter 1780 Einwohnern 27 Juden, 1805 waren es 30 Juden in sechs Haushalten. 1812 lassen sich in Hagen 43 Juden in acht Familien nachweisen, 1834 dann 21 Familien mit 94 Personen. 1843 lebten in Hagen 94 Juden, 1858 waren es 152. Im Jahr 1871 waren von 13 446 Einwohnern 4100 kath., 9120 ev., 224 jüd. Glaubens, zwei gehörten anderen christl. Gemeinden an; 1895 waren von 41 833 Einwohnern 12 095 kath., 29 088 ev., 461 jüd. Glaubens, 182 gehörten anderen christl. Gemeinden an, sieben hatten ein anderes oder kein Bekenntnis. Beruhend auf der Volkszählung von 1925 waren im Stadtkreis Hagen (Gebietsstand des Jahres 1926) von 99 736 [!] Einwohnern 32 460 kath., 63 165 ev., 580 Juden und 86 sonstige Christen. Im Landkreis Hagen waren von 87 520 [!] Einwohnern 22 736 kath., 61 897 ev., 87 Juden und 169 sonstige Christen. 1929 wurde der Landkreis aufgelöst und teilweise in den Stadtkreis Hagen und den Ennepe-Ruhr-Kreis eingemeindet. Im Stadtkreis Hagen waren – beruhend auf der Volkszählung von 1925 beim Gebietsstand des Jahres 1931 – von 143 701 Einwohnern 48 566 kath., 87 716 ev., 641 Juden, 1952 sonstige Christen und 4826 mit anderem oder ohne Bekenntnis. 1939 lebten noch 150 Juden in der Stadt, zudem 72 ‚Mischlinge 1. Grades‘ und 46 ‚Mischlinge 2. Grades‘.

Im heutigen Stadtteil Eilpe sind 17 Juden für 1834 verzeichnet, 18 für 1843 und sechs für 1858. 1871 waren von 2635 Einwohnern 300 kath., 2320 ev., zehn jüd. Glaubens, fünf gehörten anderen christl. Gemeinden an. In Wehringhausen lebten 1858 fünf Juden, 1871 waren von 3989 [!] Einwohnern 843 kath., 3123 ev., 15 jüd. Glaubens, 28 gehörten anderen christl. Gemeinden an. 1876 wurden die Gemeinden Eilpe und Wehringhausen in die Stadt Hagen eingemeindet.

In Eckesey waren 1871 von 3220 Einwohnern 1050 kath., 2160 ev. und zehn jüd. Glaubens, 1895 von 8618 [!] Einwohnern 3711 kath., 4862 ev., elf jüd. Glaubens, 34 gehörten anderen christl. Gemeinden an. In Eppenhause lebten 1843 fünf Juden. 1901 wurden die Gemeinden Eckesey und Eppenhause in die Stadt Hagen eingemeindet.

In Haspe lebten 1843 sieben Juden. 1871 waren von 6572 Einwohnern 1171 kath., 5386 ev., elf jüd. Glaubens, vier gehörten anderen christl. Gemeinden an, 1895 von 10 154 Einwohnern 2085 kath., 8038 ev., 15 jüd. Glaubens, 16 gehörten anderen christl. Gemeinden an. Beruhend auf der Volkszählung von 1925 waren in der Stadt Haspe (beim Gebietsstand des Jahres 1926) von 25 688 [!] Einwohnern 6593 kath., 17 736 ev., 51 Juden und 88 sonstige Christen. 1929 wurde die Stadt Haspe in den Stadtkreis Hagen eingemeindet. In Kückelhausen lebten 1839 neun Juden; der Ort wurde 1856 nach Haspe eingemeindet. In Boele waren 1871 von 2610 Einwohnern 2015 kath., 591 ev., vier jüd. Glaubens, 1895 von 4650 Einwohnern 3255 kath., 1388 ev. und sieben jüd. Glaubens. Beruhend auf der Volkszählung von 1925 waren in der Landgemeinde (beim Gebietsstand des Jahres 1926) von 10 911 [!] Einwohnern 7145 kath., 3665 ev., acht Juden und drei sonstige Christen; 1929 wurde auch Boele nach Hagen eingemeindet. In Dahl (seit 1975 Stadt Hagen) waren 1925 von 3092 [!] Einwohnern 403 kath., 2599 ev., einer war jüd. Glaubens und 30 bekenntnislos.

In Breckerfeld (heute eine Stadt im Ennepe-Ruhr-Kreis) sind 15 Juden für 1843 verzeichnet, 17 für 1858. Im Jahr 1871 waren von 1661 Einwohnern 78 kath., 1560 ev., acht jüd. Glaubens, 15 gehörten anderen christl. Gemeinden an, 1895 von 1633 Einwohnern 145 kath., 1478 ev., vier jüd. Glaubens und sechs Anhänger anderer christl. Gemeinden.

Bei der Planung der künftig einzurichtenden Synagogenbezirke erwog die Regierung in Arnshagen 1842 die Bildung eines Hagener Bezirks, zu dem auch die Juden aus Eilpe gehören sollten. Der vom Obervorsteher Hellwitz 1847 eingereichte Vorschlag sah eine Gemeinde Hagen mit Eilpe, Haspe, Voerde und Kückelhausen vor. Beide Vorschläge wurden nicht umgesetzt. Laut Statut der Synagogengemeinde Hagen von 1855 gehörten zum Synagogenbezirk die Juden im gesamten Kreis Hagen (ab 1887: Landkreis Hagen). Neben den Juden der Stadt Hagen, die die Hauptgemeinde bildeten, gehörten dazu auch Orte des Amtes Hagen (u. a. die Gemeinden Eilpe, Wehringhausen und Eppenhausen), des Amtes Enneperstraße (u. a. Haspe und Kückelhausen), des Amtes Boele (u. a. Boele und Eckesey), des Amtes Breckerfeld (u. a. Stadt Breckerfeld) und die Landgemeinde Dahl. Eine Untergemeinde bildeten die Juden in der ebenfalls zum Landkreis Hagen zählenden Landgemeinde Schwelm, dazu gehörten auch Langerfeld (Amt Langerfeld, heute Wuppertal) und Voerde (Amt Enneperstraße). Eine weitere Untergemeinde bestand in Herdecke, zu der auch die Juden in den Gemeinden Wetter (Amt Herdecke) und Volmarstein (Amt Volmarstein) gehörten. 1875 ordnete die Regierung in Arnshagen die Anstellung eines Kultusbeamten für Herdecke an, andernfalls werde die Untergemeinde aufgelöst. Da die Anstellung unterblieb, wurde die Angliederung an Hagen 1877 vollzogen; 14 Juden aus Herdecke traten daraufhin 1879 aus „religiösen Bedenken“ aus der Synagogengemeinde Hagen aus. Die Juden in Nieder- und Obersprockhövel (ab 1960 Sprockhövel) gehörten ab 1892 zur Untergemeinde Schwelm, 1894 wurden sie aus der Gemeinde Hagen ausgegliedert und Hattingen zugeordnet. Nach der Trennung von Stadt- und Landkreis Hagen 1887 umfasste die Gemeinde beide Kreisgebiete. Zur Hagener Synagogengemeinde gehörte 1905 auch Gevelsberg, wo seit den 1880er Jahren Juden wohnten. In den 1920er Jahren wurde Schwelm eine eigenständige Gemeinde, die Bezeichnung lautete 1925 ‚Synagogengemeinde Schwelm-Gevelsberg-Langerfeld‘. 1932 wird nur noch Herdecke mit 20 Juden als angeschlossene Gemeinde genannt. 1886 trat die Hagener Gemeinde dem DIGB bei, sie gehörte außerdem dem liberalen ‚Verband der Synagogen-Gemeinden Westfalens‘ an. Der 1946 neu gebildete Gemeindebezirk umfasst seit 1975 Mitglieder aus der kreisfreien Stadt Hagen, aus dem Hochsauerlandkreis, dem Märkischen Kreis, dem Ennepe-Ruhr-Kreis sowie aus den Kreisen Olpe und Siegen-Wittgenstein.

Für das frühe 19. Jh. sind innerjüd. Auseinandersetzungen belegt: 1812 ermahnte der Maire die jüd. Gemeinde, die häufigen Streitigkeiten über den Ritus nicht in der Synagoge auszutragen, da das der „Heiligkeit dieses Ortes“ abträglich sei. Störungen durch einzelne Gemeindemitglieder, die mit dem Ablauf des Gottesdienstes nicht einverstanden waren, führten 1817 zu einem Eingreifen des Landrabbiners Abraham Sutro. Von 1860 stammt eine Synagogen-Ordnung, nach der „veralterte“ Bestimmungen und Gebräuche entfallen und der Gottesdienst „ein würdigeres, der Neuzeit entsprechendes Gepräge“ erhalten sollte. Bei der Neuauflage der Synagogen-Ordnung 1875 stand dasselbe Thema im Vordergrund. Insgesamt kann die Hagener Synagogengemeinde in der zweiten Hälfte des 19. Jh. als liberal bezeichnet werden: Sie lehnte 1858/59 den Einbau einer Frauenempore in der neuen Synagoge u. a. mit dem Hinweis ab, es handle sich um „einen überkommenen Brauch“. Dagegen forderte der Landrabbiner Abraham Sutro in Münster strikt den Einbau einer Empore, auch die Regierung sprach sich dafür aus. 1873 beschloss die Gemeinde den Einbau einer Frauenempore, die 1875 fertiggestellt wurde. Liberalisierungstendenzen zeigen sich auch bei der Bildung eines Synagogenchors 1875, der Anschaffung der ersten Orgel 1882, ferner bei der Einführung des neuen reformierten Gebetbuchs 1894. Im selben Jahr wurde der Erwerb einer größeren Orgel beschlossen, 1896 die Wiedereinführung des Jugendgottesdienstes am Samstagnachmittag.

Der Etat für die Jahre 1856 bis 1861 verzeichnete 280 Tlr. Einnahmen und die gleiche Summe Ausgaben. Dabei bildete das Gehalt des Kantors und Lehrers mit 185 Tlr. die

Hauptausgabe. Bis 1873 erreichte der Etat eine Höhe von jährlich 586 Talern. Im Etatzeitraum 1880 bis 1886 wurden von den 3650 RM Jahreseinnahmen allein für Kultus und Unterricht 2615 RM veranschlagt. 1898 besaß die Hagener Gemeinde zwei Begräbnisplätze in Hagen und Eilpe, das Synagogengrundstück und -gebäude sowie das Schulhaus und ein Wohnhaus. An Kapitalbesitz waren die Fabricius-Armenstiftung mit 2250 RM und die Levingston-Stiftung mit 400 RM vorhanden. Der mobile Besitz bestand aus dem Mobiliar, den Kultusgeräten und anderen Gegenständen der Synagoge, aus Schulmaterialien und einer Bibliothek. Dem Vermögen standen eine Hypothek von 9000 RM bei der luth. Kirchengemeinde in Elsey sowie Schuldscheine von 24 000 bzw. 66 500 RM bei der Sparkasse Hagen-Boele und der Landesbank Münster gegenüber. 1930 betrug der Gemeindegeldetat 36 500 Mark, 1931 waren es 25 330 Mark. 1930 war der Kultusetat mit 14 000 Mark veranschlagt (1931: 10 900), der Wohlfahrtsetat mit 6000 Mark (1931: 4000). 1932 waren von 650 Juden in Hagen 130 Steuerzahler.

2.2.2 Seit 1714 sind in Hagen Betstuben erwähnt, die sich in verschiedenen Privathäusern befanden. Für die ersten Jahrzehnte des 19. Jh. ist die Nutzung eines von dem Brauereibesitzer Friedrich Bettermann angemieteten Fachwerkhauses am ‚Unterberg‘ (Wasserstr. 9a) als ‚Synagoge‘ belegt, dessen übrige Räume als ‚Frauenzimmer‘, Schulraum und Lehrerwohnung genutzt wurden. 1832 erwarb die jüd. Gemeinde in der Nachbarschaft das baufällige frühere städtische Arresthaus aus der Mitte des 18. Jahrhunderts. Stadtverwaltung und Landrat befürworteten die Nutzung des Grundstücks für den Bau einer Synagoge, nicht jedoch die Regierung in Arnberg; der beengte Bau in der Wasserstr. musste weiterhin genutzt werden. 1856 erwarb der Gemeindevorstand für 675 Tlr. ein Grundstück in der Hagener Innenstadt (Potthofstr. 16, später 14), das Simon Merländer, Nathan Levy und Leffmann Stern 1889 der Synagogengemeinde übertrugen. 1859 wurde die neue, vom Hagener Baumeister Friedrich Poth erbaute Synagoge – eines der „größten öffentlichen Gebäude Hagens“ – ihrer Bestimmung übergeben. Die Einweihungsfeierlichkeiten führten zu einem Streit mit dem westfälischen Landrabbiner Abraham Sutro, da die jüd. Gemeinde nicht ihn, sondern den dem Reformjudentum nahestehenden Landrabbiner Dr. Samuel Ephraim Meyer aus Hannover mit der Leitung der Feierlichkeiten betraut hatte. Zuvor hatte der ebenfalls religiös liberal orientierte Rabbiner Ludwig Philippson aus Zeitgründen abgesagt. Man einigte sich schließlich darauf, beide Rabbiner (Sutro und Meyer) an den Feierlichkeiten zu beteiligen. Die Errichtung der ersten eigenen Synagoge und die fortschreitende Urbanisierung der wirtschaftlich bedeutenden Stadt hoben auch die Bedeutung der Hauptsynagogen-Gemeinde Hagen für das Umland. Da sich die Zahl der Gemeindeglieder zwischen 1865 und 1875 verdoppelte und auch die Anzahl der Schulkinder stark erhöht hatte, wurde auch der Neubau nach wenigen Jahren zu klein; zusätzlich traten bauliche Mängel auf. Deshalb wurde die Synagoge bis 1895 um- und ausgebaut, was eine hohe finanzielle Belastung für die Gemeinde darstellte. In der Silvesternacht 1925/26 wurde in die Synagoge eingebrochen, Thoramäntel wurden gestohlen. In der Pogromnacht 1938 wurde der Innenraum geplündert und durch Brandstiftung zerstört, 1939 erfolgte der Zwangsverkauf an die Stadt Hagen. Bis zu seiner endgültigen Zerstörung durch Luftangriffe diente das Gebäude als Polizeikassino und Garage. Nach 1945 wurde der Gottesdienst zunächst in Privaträumen, nach Rückübertragung des Grundstücks durch die Stadt Hagen im 1950 wiederaufgebauten Gemeindehaus abgehalten. 1960 erfolgte die Einweihung der neuen Synagoge auf dem Grundstück des ehemaligen jüd. Schulhauses (Potthofstr. 16).

Die orthodoxe Religionsgemeinschaft Hagen unterhielt einen eigenen Betsaal in der Körnerstraße, an hohen Feiertagen feierte sie ihre Gottesdienste auch in den Räumlichkeiten der Hauptgemeinde in der Potthoffstraße.

2.2.3 Ein Schulmeister lebte 1748 und 1750 im Haushalt von Jacob Nathan, der 1748 vier Kinder unter sechs Jahren hatte. Im Haushalt von Jacob Abraham ist 1797 und

1799 ein namentlich nicht genannter ‚beweibter‘ Schulmeister belegt, der den etwa zehn Kindern der Familie Privatunterricht erteilte. 1806 beschäftigten die sechs in Hagen lebenden jüd. Familien gemeinsam einen Privatlehrer, der auch für den Gottesdienst zuständig war. 1815 findet sich unter den neun jüd. Familien der 64-jährige Schullehrer Salomon Hirsch mit seiner 27-jährigen Ehefrau Sara. 1821 erteilte ein Hauslehrer Kindern aus ärmeren jüd. Haushalten auf Kosten der vermögenden Familien Unterricht, einige jüd. Kinder besuchten zu dieser Zeit die höheren Bürgerschulen in Hagen. 1827 gingen alle jüd. Kinder in Hagen auf städtische Schulen, Religions- und Hebräischunterricht erhielten sie auf Gemeindegeldern bei dem seit mehreren Jahren in Hagen als Lehrer tätigen Abraham Mannheimer. Seit 1828 war Abel Pesach, der kaum lesen und schreiben konnte, als Lehrer in Hagen beschäftigt. Zwischen 1825 und 1827 war er in Castrop tätig gewesen, anschließend hatte er in Mengede die Blaufärberei erlernt. Diesem Berufsfeld widmete er sich nach seiner Entlassung 1830 auch wieder, unter Strafandrohung war ihm die Abhaltung des Unterrichts in Hagen verboten worden. Nachfolger wurde noch im selben Jahr der aus Wollstein (heute Wolsztyn) stammende Levy Hammel, der eine Ausbildung am Lehrerbildungsinstitut der Haindorfschen Stiftung absolviert und das staatliche Examen am Lehrerseminar in Soest abgelegt hatte. 1836 besuchten 17 Schüler aus Hagen und drei aus Eilpe Hammels Schule, in der laut Stundenplan von 1844 die religiösen Fächer und die Lehre der hebr. Sprache einen breiten Raum einnahmen. 1843 waren 23 jüd. Kinder in Hagen schulpflichtig, vier in Eilpe, zwei in Haspe sowie fünf in Breckerfeld. 1846 ist Jonas Coosmann als Lehrer nachgewiesen, um die Jahrhundertmitte war zudem Aron Cohn nach seiner Prüfung im Haindorfschen Seminar in Hagen tätig. 1855 beschloss die Gemeinde, eine private Elementarschule ins Leben zu rufen. Alexander Schöndorf aus Brilon, Absolvent des Haindorfschen Seminars, war von 1857 bis 1863 Lehrer und Kultusbeamter, 1860 bezog er bei freier Kost und Wohnung ein Gehalt von 260 Talern. Seine Nachfolger verdienten 1867 bereits 320 Tlr., 1880 dann 2100 Reichsmark. Zwischen 1864 und 1870 wurden vier weitere Lehrer beschäftigt. 1870 wurde der seminaristisch ausgebildete Baruch Cahn aus Lügde als Lehrer und Kultusbeamter eingestellt, er blieb 23 Jahre. 1872 genehmigten die Behörden den Vorschlag der Synagogengemeinde, jüd. Kindern an höheren Schulen vom jüd. Lehrer Religionsunterricht erteilen zu lassen. Während Cahns Tätigkeit wurde in der jüd. Schule 1881 eine Schulbibliothek eingerichtet, 1877 hatte ein nichtjüd. Großindustrieller dafür 300 M gespendet. In die Amtszeit Cahns fiel 1880 auch die Einführung des Handarbeitsunterrichts für Mädchen durch eine nichtjüd. Fachlehrerin, der bis zur Schließung der Schule 1942 erteilt wurde. Nach seiner Pensionierung 1894 betrieb Cahn in Hagen eine private Handelsschule.

Der Unterricht fand in der ersten Hälfte des 19. Jh. in einem Nebengebäude des Hauses von Friedrich Bettermann (Wasserstr.) statt, in dem sich auch die Betstube befand, seit 1859 im neu errichteten Synagogengebäude (Pothofstr.). 1893 konnte ein neues Schulgebäude auf dem Synagogengrundstück direkt an der Volme bezogen werden. David Hartmann aus Mayen – ausgewählt unter 71 Bewerbern – übernahm 1893 das Amt des erkrankten Baruch Cahn, zunächst als Vertretung. Hartmann übte es, unterbrochen von zahlreichen Beurlaubungen zu Studien- und Ausbildungszwecken, bis zu seiner Promotion 1902 (Dr. phil.) an der Universität Zürich aus. Im selben Jahr wurde die private jüd. Volksschule von der Stadt Hagen als kommunale Einrichtung übernommen, die Regierung zahlte künftig die Personalkosten, die Stadt die Sachkosten. Auswärtige Schüler hatten 1902 ein Schulgeld von 40 M jährlich zu entrichten. Der einklassige Unterricht bestand aus den Elementarfächern und dem Unterricht in hebr. Sprache. 1902/03 war Israel Nußbaum als Hilfslehrer tätig. Er beschwerte sich beim Hagener Oberbürgermeister über die starke Beanspruchung und entwickelte Vorschläge, wie das Dienstverhältnis und die Arbeitsfülle eines Lehrers und Kultusbeamten verbessert werden könnten. Ende 1903 wurde Willy Abt, zuvor Lehrer in

Geseke, als Lehrer und Kantor eingestellt; er blieb mehr als drei Jahrzehnte in Hagen. Im Ersten Weltkrieg wirkte Abt als Seelsorger in Lazaretten, Kasernen und Gemeinden des Umlandes.

In den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg lag die Schülerzahl bei durchschnittlich mehr als 30 jüd. Kindern; 1917 besuchten 50 Schüler die Volksschule, weitere 53 den Religionsunterricht. Darunter waren auch Schüler aus umliegenden Städten, wie etwa aus Lüdenscheid, Schwerte, Gevelsberg, Haspe, Iserlohn, Wetter und Schwelm. Auch Mitte der 1920er Jahre fand jüd. Religionsunterricht an höheren Schulen statt.

1932 unterrichtete Lehrer Willy Abt in der Israelitischen Volksschule 40 Kinder. In der von der orthodoxen Gemeinschaft betriebenen Talmud-Thora-Schule erhielten 73 Kinder Religionsunterricht. 1933 besuchten 13 jüd. Schüler das städtische Gymnasium und das Realgymnasium, neun das Oberlyzeum und Lyzeum, je eine(r) die Mittelschulen I und II und das Lyzeum in Haspe. 1933 waren neben Willy Abt noch Leopold Hartmann und Elfriede Kadden in der jüd. Volksschule als Lehrer tätig. Schüler der jüd. Volksschule wurden nach dem Unterricht oft Opfer antisemitischer Übergriffe. 1933 weigerte sich die Stadtverwaltung, weiterhin die Miet- und Heizkosten der jüd. Schule zu tragen. Bis 1937 sank die Zahl der Volksschüler auf 33, im Mai 1938 waren es noch 22, von denen sechs aus dem benachbarten Hohenlimburg kamen. Nachdem sich eine nichtjüd. Lehrerin geweigert hatte, jüd. Mädchen Handarbeitsunterricht zu erteilen, wurde im Juni 1938 die technische Lehrerin Suse Goldschmidt für den Handarbeitsunterricht angestellt, im Nov. aber schon wieder entlassen. Nach dem Pogrom 1938 mussten alle jüd. Schüler die Hagener Gymnasien verlassen.

In der Pogromnacht 1938 wurde auch das Schulgebäude beschädigt. Nach Reparaturen sowie fortgesetzten Zerstörungen – etwa durch Steinwürfe im Winter 1938/39 – erfolgte im Juli 1939 die Auflösung der Schule als staatlich getragene Einrichtung. Da die Schülerzahl auf 18 gesunken war, weigerte sich die Stadt Hagen, für eine ‚Zwergschule‘ die Besoldung eines Lehrers und die Beschaffung von Lehrmitteln zu übernehmen. Willy Abt war Ende Febr. 1939 in den Ruhestand versetzt worden, im März 1939 wanderte er nach Australien aus. Seine Stelle übernahm der zuvor in Iserlohn und Herne, seit 1933 auch in Hagen tätige Leopold Hartmann. Aufgrund der 10. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 4. Juli 1939 war fortan die RV Trägerin der jüd. Schule in Hagen; Inventar und Schulgebäude wurden 1939 von der Stadtverwaltung beschlagnahmt und in Teilen der jüd. Gemeinde ‚leihweise‘ wieder überlassen. Die Stadtverwaltung versuchte – ohne Erfolg – den jüd. Schulbetrieb in Hagen ganz einzustellen und die Schüler Dortmund zuzuweisen, um die Räumlichkeiten für NS-Organisationen nutzen zu können. Anfang 1939 besuchten Schüler aus Hagen, Gevelsberg, Hohenlimburg, Schwerte und Iserlohn den Unterricht der Israelitischen Volksschule, im Frühjahr 1941 waren es noch 14 Kinder. Das Schulgebäude, das auch als Gemeindehaus fungierte, wurde schließlich zum ‚Judenhaus‘ deklariert. Im Juli 1942 wurden Lehrer Leopold Hartmann und seine aus Iserlohn stammende Ehefrau ins Ghetto Theresienstadt deportiert und später in Auschwitz ermordet. Dasselbe Schicksal erlitt Elfriede Kadden, die als Sprachlehrerin an der Schule beschäftigt gewesen war.

2.2.4 Hagener Gemeindeglieder förderten mehr als acht Jahrzehnte lang regelmäßig die Marks-Haindorf Stiftung. Mit Unterstützung der Stiftung wurden Israel Leser und ein junger Jude namens Meyer aus Hagen in den 1830er Jahren zu Handwerkern ausgebildet, Anfang des 20. Jh. besuchte Leo Elend das Lehrerseminar. Spenden gingen an den ‚Verein zur Verbreitung und Förderung der Handwerke unter den Juden‘ in Düsseldorf. Auch für andere Institutionen, u. a. für jüd. Waisenhäuser, wurden jährliche Festbeträge im Gemeindeetat veranschlagt. Um 1850 unterhielt die Gemeinde einen Almosenfonds, der u. a. aus Spenden gespeist wurde. Die Gründung eines Armen-Unterstützungsvereins 1872 mit 32 Gründungsmitgliedern sollte bettelnden durchreisenden Juden helfen, 1881/82 wurden 881 RM eingenommen und 683

RM ausgegeben. Ein Jahr zuvor war der Hagener Armen-Unterstützungsverein dem Zentral-Armenverband mit Sitz in Bochum beigetreten. Noch im ersten Jahrzehnt des 20. Jh. wird die Hagener ‚Kasse gegen Wanderbettelei‘ erwähnt. 1840 stiftete der Kreischirurg Dietrich Wilhelm Fabricius den Hagener Kirchengemeinden eine beachtliche Geldsumme (‚Fabricius-Armenstiftung‘), die unter Aufsicht der Regierung verwaltet wurde. Die jüd. Gemeinde erhielt aus dieser Stiftung 2250 Mark; um 1900 konnten jährlich rund 100 RM Zinsen an arme und mittellose Personen verteilt werden. 1898 wird die 400 RM umfassende ‚Levingston-Stiftung‘ genannt. In den 1920er Jahren gründete der Gemeindevorsitzende Adolf Nassau einen nach ihm benannten Fonds zur Unterstützung hilfsbedürftiger Gewerbetreibender, 1932 war D. Strauß dessen Vorsitzender.

1860 entstand der Israelitische Frauenverein, dessen Aufgaben in der Unterstützung von Witwen und mittellosen Personen sowie im Ausbau der Synagoge bestanden; 1885 beging er sein 25. Jubiläum. Die Ehefrau von Louis Rosenberg war bis mindestens 1927 Vorsitzende des jüd. Frauenvereins. Auch die Ehrenvorsitzende Alwine David, die 1935 starb, hatte dem Verein mehr als 25 Jahre vorgestanden. 1932 hatte der Verein 102 Mitglieder. Die Vorsitzende Else Schönstedt verließ Hagen 1937. Die Bildung einer Chewra ist für 1877 belegt. 1905 wurden die Statuten einer Männer-Chewra gedruckt. Ihr Vorsitzender war zu dieser Zeit der Kaufmann Louis Sieger (ebenso 1913), 1925 Hermann Wolff. 1932 hatte die Chewra 189 Mitglieder. Sie wurde in der NS-Zeit aufgelöst und ihr Vermögen beschlagnahmt. Für ‚Kriegsfürsorgezwecke‘ spendeten zu Kriegsbeginn 1914 neben dem jüd. Männer- und Frauenverein auch der ‚Verein für jüdische Geschichte und Literatur‘. Eine ‚Stiftung für Arme und Handwerker‘ unterstand zu Beginn des 20. Jh. dem Gemeindevorstand. Dem Lokalkomitee des ‚Hilfsvereins der deutschen Juden‘ gehörten 1910 in Hagen rund 50 Mitglieder an, Louis David und Rechtsanwalt Nassau bildeten den Vorstand. Moritz Bachrach, 1850 nach Hagen gezogen, engagierte sich im Gemeindeleben und in der Bürgerschaft Hagens, u. a. als Stifter. Juden waren auch in nichtjüd. Wohltätigkeitsorganisationen aktiv, so in der 1915 gegründeten Stiftung der Bürgerschaft ‚Der Eiserne Schmied‘ zur Unterstützung der Hagener Krieger und ihrer Hinterbliebenen.

2.3.1 Ende des 18. Jh. war Jordan Jacob Vorsteher der Hagener jüd. Gemeinde, seit 1808 Gabriel Levy (sein Vertreter Israel Abraham), ab 1829 Levi Blankenstein. Entscheidungen über religiöse Angelegenheiten mussten bis 1807 mit dem Obervorsteher der Juden in der Gft. Mark in Hamm, seit 1815 mit dem Landrabbiner Sutro in Münster abgestimmt werden. Der 1854 gewählte Vorstand der neuen Synagogen-Hauptgemeinde bestand aus den Kaufleuten Samuel Israel Stern aus Hagen (bis 1872), Joseph Marx aus Herdecke und David Meyer aus Schwelm. Weitere Vorsitzende waren M. Lichtenstein (1872 und 1875), A. Mosberg (1875–1884) und Simon Merländer (1884–1901). Letzterer war mehr als 40 Jahre Rendant des Frauenvereins, lange Zeit Repräsentanten-Vorsteher und bis zu seinem Tod Vorstandsvorsitzender. Adolf Nassau war von 1908 bis zu seinem Tod 1937 Vorsitzender, Hermann Rosenthal von 1937 bis zu seiner Auswanderung nach Großbritannien 1939. Schriftführer und Rendant war 1932 Fritz Levy. Die Repräsentanz hatte zu diesem Zeitpunkt neun Mitglieder, wobei Albert Weinberg den Vorsitz inne hatte. Bei der (letzten) Wahl der gesamten Repräsentanz Ende 1937 gehörten vier Personen der zionistischen Richtung an, drei von ihnen waren Mitglied der zionistischen Ortsgruppe.

Die Synagogen-Hauptgemeinde Hagen verfügte über einen eigenen Schochet, der für den gesamten Bezirk zuständig war. 1892 betrug das Jahresgehalt des langjährigen Schächters Jacob Baruch 300 Reichsmark. 1897 wurde dieses Amt mit einem Jahresgehalt von 1200 RM neu ausgeschrieben und mit Meyer Voß besetzt, der mehr als 25 Jahre gleichzeitig Synagogendiener war.

2.3.2 Der Mediziner Dr. Paul Alsberg, 1882 in Hagen geboren, veröffentlichte 1922 sein Werk ‚Das Menschheitsrätsel. Versuch einer prinzipiellen Lösung‘, mit dem er seinen Ruf als Vorreiter der modernen philosophischen Anthropologie begründete. Nachdem er im KZ Sachsenhausen inhaftiert gewesen war, emigrierte er 1934 mit seiner Frau nach England, 1965 starb er in Lugano.

Heinz Phillip (später Henry Philip) David, 1923 in Hagen geboren und 2009 in Washington verstorben, war als Kind – nachdem er auf dem Hagerer Gymnasium wachsendem Antisemitismus begegnet war – von seinen Eltern in die USA geschickt worden und hatte Aufnahme in einer jüd. Familie gefunden. 1942 trat er in die US-Air Force ein, von 1945 bis 1948 untersuchte er als Mitarbeiter des United States Strategic Bombing Survey die physischen, psychologischen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Luftkriegs in Deutschland. 1951 wurde er an der Columbia University in klinischer Psychologie promoviert. In den 1970er Jahren gründete er das ‚Transnational Family Research Institute‘ (Verhaltenswissenschaften), das mit Einrichtungen in anderen Kontinenten kooperierte. David, Professor an der Universität Maryland und Langzeitberater der Weltgesundheitsorganisation (WHO), verfasste zahlreiche Bücher und erhielt mehrfach Auszeichnungen.

Die 1924 in Hagen geborene Künstlerin Gerda Meyer-Bernstein gelangte 1939 mit einem der letzten jüd. ‚Kindertransporte‘ nach London. Seit 1940 in Chicago wohnhaft, setzte sie sich als international renommierte Künstlerin in ihren Arbeiten vor allem auch mit den Themen Holocaust, Genozid, Rassismus und Gewalt auseinander.

2.3.3 Vereinsmitgliedschaften von Juden lassen sich vor allem in Krieger- und Gesangsvereinen nachweisen. Zwischen 1840 und 1933 findet sich in der Hagerer Stadtverordnetenversammlung eine Reihe jüd. Bürger. Der angesehene Kaufmann Abraham Levy, Sohn des langjährigen Gemeindevorstehers Gabriel Levy, gehörte der Stadtverordnetenversammlung seit 1865 für 28 Jahre an, Isaak Rosenbaum war Mitglied von 1904 bis 1919. Im Ersten Weltkrieg arbeitete Rosenbaum in der städtischen Nahrungsmittelkommission und war Vertrauensmann für die Versorgung des Stadt- und Landkreises mit Schlachtvieh. Wilhelm Leaser, Inhaber des Kaufhauses Alsberg (Elberfelder Str.) und Mitglied in Aufsichtsräten mehrerer Unternehmen des Rhein-Ruhr-Gebiets, war zwischen 1924 und 1933 Stadtverordneter der DDP in Hagen. Der Rechtsanwalt und Notar Dr. Ferdinand David gehörte von 1929 bis 1933 der sozialdemokratischen Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung an, zudem wurde er zum Richter am Arbeitsgericht Hagen berufen. Der Sanitätsrat Dr. Ernst Wolff leitete während des Ersten Weltkriegs das Reservelazarett im St. Josephs-Hospital, außerdem war er im Regionalverband des DRK und Vorsitzender des Hagerer Ärztevereins. In der 1915 gegründeten Stiftung ‚Der Eiserne Schmied‘ zur Unterstützung von Hagerer Kriegern und ihrer Hinterbliebenen waren mehrere Juden vertreten, u. a. Lehrer und Kantor Willy Abt und die Kaufleute Hermann Kornblum, Wilhelm Leaser und Moritz Löwenstein. Abt war 1932 auch Mitglied im anlässlich der Reichspräsidentenwahl gebildeten ‚Hindenburg-Ausschuss‘.

3.1 Die 1859 eingeweihte Synagoge in der Potthofstr. 16 (später 14) war von dem Hagerer Baumeister Friedrich Poth erbaut worden. Das schlicht gehaltene Gebäude besaß eine dreiteilige Fassade mit Elementen des Rundbogenstils und erhielt pilasterähnliche Ecktürmchen. Eine Marmortafel mit den zehn Geboten wurde 1858 von den Kaufleuten Gabriel Levy und Moritz Bachrach gestiftet, im selben Jahr schenkte Samuel Israel Stern einen Kronleuchter sowie L. Philippson aus Düsseldorf eine Sammelbüchse für die Armenspende. Die Familie Merländer spendete u. a. 13 silberne Tafeln zum Aufrufen zur Thora, Kidduschbecher, ein großes Synagogfenster und verschiedene Garnituren für den Thoraschrein. 1860 wurde eine Mikwe eingerichtet. Erst nach längeren Auseinandersetzungen wurde 1875 eine Empore eingebaut,

1874 und 1881 erfolgten Renovierungsarbeiten. Nach dem Krieg von 1870/71 wurde eine Gedenktafel für den gefallenen Hagener Juden Abraham Löwenstein angebracht. Nach langjährigen Diskussionen innerhalb der Gemeinde wurde 1882 die erste Orgel von der ‚Estey Organ Company‘ in Brattleboro (Vermont, USA) erworben. 1894 beschloss der Gemeindevorstand die Anschaffung eines größeren Instruments, es wurde für 4000 RM von den Orgelbauwerkstätten Ernst Röver (vormals Reubke & Sohn) in Hausneindorf bei Quedlinburg geliefert. Die Orgel befand sich über dem Eingang der Synagoge auf der Empore; wie die gesamte Einrichtung wurde auch sie 1938 zerstört. Bis 1895 erfolgte ein größerer Um- und Ausbau (Vergrößerung des Betsaals) nach Plänen des Baurats Dunay, ausgeführt durch Baumeister Caspar Post aus Hagen-Eilpe. Die erneute Einweihung übernahm der Kölner Rabbiner Dr. Abraham Frank. Nach der Umgestaltung präsentierte sich die Synagoge mit einer Doppelturmfassade im neoromanischen Stil, eine starke Angleichung an die damalige Kirchenarchitektur; Details bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 139–143. Mehrere Gemeindeglieder stifteten Gegenstände anlässlich der Wiedereinweihung, so die Familie Perlstein, der Kaufmann Simon Merländer (Vorsteher der jüd. Gemeinde) und der Hagener Dilettantenverein (Glasfenster). Die beiden Gesetzestafeln für den Giebel des Eingangsportals stellte der Kaufmann H. Löwenstein zur Verfügung, einen silbernen Thorazeiger schenkte Abraham Levy, die Lampe für das Ewige Licht Alice Ostwald, die beiden großen Kronleuchter J. Merländer, L. Goldberg und der jüd. Frauenverein. Die Mehrzahl dieser Gegenstände ist seit 1938 verschollen, einige wenige sind erhalten geblieben.

1960 wurde die neue, vom Architekten Karl Gerle entworfene Synagoge in der Pothoffstr. eingeweiht. Dort befindet sich die über die NS-Zeit gerettete Bronzetafel mit den Namen der zwischen 1914 und 1918 gefallenen Gemeindeglieder. Heute ist im Gebäude u. a. die Verwaltung der jüd. Gemeinde sowie ein christl.-jüd. Begegnungszentrum untergebracht. Seit 2002 wird im Synagogengebäude ein bis dahin im Stadtmuseum aus Privatbesitz überliefertes bleiverglastes Buntglasfenster verwahrt, das aus der Synagoge von 1895 stammen soll.

Räumlichkeiten für den Schulunterricht und die Lehrerwohnung befanden sich in der ersten Hälfte des 19. Jh. im selben Gebäude wie der Betraum (Wasserstr.). In der 1859 eingeweihten Synagoge diente ein separater Raum als Schulzimmer. Seit 1893 wurde das neu errichtete Schulhaus oberhalb der Volme und rückseitig der Synagoge, in dem auch Gemeindeverwaltung und Lehrerwohnung untergebracht waren, genutzt; das Gebäude wurde 1943/45 zerstört. Auf dem Grundstück des ehem. jüd. Schulhauses (Potthoffstr. 16) wurde 1960 die neu erbaute Synagoge eingeweiht.

3.2 Ein Plan der Stadt Hagen von 1753 schreibt das Wohngebäude Nr. 55 (heute Frankfurter Str.) einem Nathan zu – wahrscheinlich ist Jacob Nathan gemeint. Im Kataster von 1824 sind im Bereich der Innenstadt mindestens drei jüd. Hauseigentümer aufgeführt: David Meyer (Nr. 10), Samuel Isaac (Nr. 35) und Israel Abraham (Nr. 54). Grundeigentum der jüd. Gemeinde ist seit Anfang des 19. Jh. in Hagen nachgewiesen, so u. a. 1832 Grundstück und Gebäude des ehemaligen städtischen Arresthauses und vor 1933 das Haus Hochstr. 104.

3.3 1820 kauften Gabriel Levy und Israel Abraham für die jüd. Gemeinde mittels eines mündlichen Vertrags für 403 Rtlr. vom Tuchfabrikanten Kuhlmann ein Grundstück im Bereich der heutigen Böhmerstraße zur Anlage eines Friedhofs. 1836 sollte die Gemeinde ins Hypothekenbuch eingetragen werden, aber erst nach deren Konstituierung bestätigte die Regierung 1859 den Vertrag. Das Grundstück besaß eine Größe von 61 Ruten 50 Fuß und lag am Rand des Stadtkerns. 1908 beklagte die jüd. Gemeinde die zunehmende Vermüllung des Friedhofs und bat die Stadt um Abhilfe. 1966

wurde das Areal überbaut, nachdem die 58 Grabsteine – der älteste identifizierbare von 1851 – sowie die Überreste der Toten auf den Friedhof in Hagen-Eilpe umgebettet worden waren.

1897 wurde der Vorstand der jüd. Gemeinde aufgefordert, den Kauf eines Grundstücks zur Anlage eines neuen Friedhofs in die Wege zu leiten. 1901 erwarb die Gemeinde ein Areal an der Hohlen Straße im Ortsteil Eilpe, der seit 1876 Teil der Stadt Hagen war. 1902 erschien eine Friedhofs- und Begräbnisordnung im Druck. Im selben Jahr errichtete Baumeister C. Post, der schon den Synagogengumbau 1895 durchgeführt hatte, für 5000 M eine Leichenhalle. 1905 wurden ein Eingangstor nach Plänen des Hagener Architekten Knipp und eine Umfassungsmauer errichtet. Vier alkoholisierte jugendliche Arbeiter verwüsteten 1924 Gräber, warfen 52 Grabsteine um und beschädigten die Leichenhalle; sie wurden vom Großen Schöffengericht in Hagen zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Vorstand und Repräsentanten stimmten 1932 dem Vorschlag der Friedhofscommission zu, auch Urnengräber zuzulassen. Die Leichenhalle wurde im Zweiten Weltkrieg als Lager einer Flakabteilung genutzt und in den 1960er Jahren abgerissen. Auf dem etwa 4000 m² großen Friedhofsgelände befinden sich heute rund 200 Grabsteine aus dem 19. und 20. Jh., die teilweise vom alten Friedhof stammen. Ein Denkmal erinnert an die NS-Opfer der jüd. Gemeinde Hagen. 1995 wurde der Begräbnisplatz in die Denkmalliste der Stadt Hagen eingetragen.

4.1 Archiv der Königlichen Porzellanmanufaktur Berlin, Land Berlin, Abt. I (Etablierung und Einrichtung der Manufaktur). – BundesA Koblenz, Spruchgerichtsakten H. Vetter (Z 42–IV/6871, T. 1). – CAHJP, Jerusalem, Hagen S 49/1 u. GA II. – CJA, Berlin, 75A (Jüdische Gemeinden) Ha 1. – Geh. StaatA Preuß. Kulturbesitz Berlin, I. HA, Rep. 104 (Generalfiskalat); II. HA (Generaldirektorium). – LAV NRW Abt. W (Münster), Reg. Arnsberg II H Nr. 1142; Kr. Hagen LRA Nr. 519–523; Staatl. Albrecht-Dürer-Gymnasium; Wiedergutmachung von Pogromschäden im Kr. Hagen. – StadtA Hagen (Historisches Centrum Hagen), Hagen 1, Akten 42–49, 73, 749, 751, 1348, 1782, 1903, 1959, 2384, 2494, 3550, 3692, 3872, 3873, 3882, 3887, 4399–4401, 4747, 5378, 6985–6990, 8492, 9605, 10348, 10906, 10641, 12422, 12473–12475; Hagen 2, Nr. 2703; Chronik des Stadtarchivars Schemann (1934–1940); Amt Enneperstrasse, Akten 285, 1023; Schulamt Personalakten 2, 229 u. 602; Ju 1–75, Ju 52 u. 53.

4.2 Kultusgegenstände (Thorazeiger, Thoraschild und Kidduschbecher von 1863), die nach dem Pogrom in das ‚Haus der Heimat – Sauerländisches Friedrich-Harkort-Museum‘ gelangten, ein Kleiderbügel des Modehauses Julius Löwenstein, zwei Frauenhauben, zwei Gebetsmäntel und eine Kippa aus dem Besitz des Stadtarchitekten Alfred Eckstein sowie zwei ‚Judensterne‘ aus Stoff und ein Kennzeichen für die Haustür von 1941 mit dazugehörigem Schriftverkehr der Gestapo befinden sich im Bestand des Stadtmuseums. Im StadtA Hagen (Stadtkundliche Sammlung, Signatur 40) Entwürfe und Drucke des Graphikers Albert Kranz (1920er Jahre) für Veranstaltungen des Modehauses Julius Löwenstein, ferner ein von einem Hagener Überlebenden des Ghettos Theresienstadt im Sommer 1945 bei seiner Rückkehr mitgeführtes Stoffdrucktuch zum Ausschneiden von ‚Judensternen‘, Transport- und Lager-Armbinden und Schriftverkehr; in der Fotosammlung Aufnahmen des Bethauses Wasserstr. sowie der Synagogen von 1859 und 1895 (gedruckt bei MERLÄNDER, Bericht über die Entwicklung der Synagogen-Haupt-Gemeinde Hagen; Zeichnung der Synagoge in DOBBELMANN, „Haben wir nicht alle einen Vater?“). In der Foto- und Postkartensammlung des StadtA Hagen: Fotos von jüd. Geschäftshäusern und Unternehmen. Foto des Schulgebäudes von 1893 in GASE, Geschichte der Juden in Hagen; Foto der zerstörten Synagoge 1938 in ZABEL, Mit Schimpf und Schande, darin auch Fotos von Willy Abt, Dr. Ferdinand David und Adolf Nassau. Porträt der Vorsitzenden des

jüd. Frauenvereins, der Ehefrau von Louis Rosenberg in: Israelitisches Familienblatt <20.1.1927>. Zeichnungen und Fotos der Synagoge, Faksimile des Schreibens von Surtro an den Bürgermeister von Hagen 1859, Fotos des Friedhofs in PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 152–155.

4.3 AZJ <16.3.1894, 17.5.1901>. – Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 3–46 <1829–1911/1913>. – CV-Zeitung <4.9.1924>. – HAMMER-SCHENK, Synagogen in Deutschland, Bd. 1, 187f. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 67, <1909> 71, <1911> 80, <1913> 91, <1924/25> 61. – Israelitisches Familienblatt <1903–1905, 1914, 1924, 1926–1928, 1934–1938>. – Der Schild <1925–1927, 1938>. – SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung 161f. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 52.

4.4 ASBECK Annemarie/WINKELSTRÖTER Jörg, Die nationalsozialistische Judenpolitik im Spiegel der Hagener Presse <O. O. 1986>. – BECKER Jochen/ZABEL Hermann (Hg.), Hagen unterm Hakenkreuz <Hagen 1995>. – BUSCH Reinhold, Das Schicksal jüdischer Familien aus Hagen. Dokumentation der Enteignung und Vertreibung von jüdischen Ärzten und Zahnärzten und der Ermordung ihrer Angehörigen (= Lebensbilder 5) <Berlin 2015>. – DAVID Henry P., Hagen und die Familie David. In: Heimatbuch Hagen und Mark <1991> 30–37. – DOBBELMANN Hanswalter, „Haben wir nicht alle einen Vater?“ Eine Ausstellung zur Geschichte der jüdischen Gemeinde in Hagen. In: Hagener Impuls 17 <1997> 5–9. – FREIESLEBEN Dietmar, Verbrechen in aller Öffentlichkeit. Die Pogromnacht in Hagen. In: Hagener Impuls 17 <1997> 1–4. – GASE Barbara, Geschichte der Juden in Hagen (= Hagener Hefte 14) <Hagen 1986>. – KLATT Marlene, Unbequeme Vergangenheit. Antisemitismus, Judenverfolgung und Wiedergutmachung in Westfalen 1925–1965 (= Forschungen zur Regionalgeschichte 61) <Paderborn u. a. 2009>. – DIES., „Arisierung“ und Rückerstattung in westfälischen Städten. Die Städte Hagen, Arnsberg und Niedermarsberg. In: PRINZ Michael (Hg.), Gesellschaftlicher Wandel im Jahrhundert der Politik. Nordwestdeutschland im internationalen Vergleich 1920–1960 (= Forschungen zur Regionalgeschichte 58) <Paderborn 2007> 359–384. – MERLÄNDER Simon, Bericht über die Entwicklung der Synagogen-Haupt-Gemeinde Hagen in den letzten 50 Jahren <Hagen 1898> [im StA Hagen]. – MÜLLER Günter, Der Eilper Friedhof als Spiegel der jüdischen Gemeinschaft in Hagen im 19. und 20. Jahrhundert. Diss. phil. <Ms. Paderborn 2016>. – SCHEMANN Fritz, Zur Geschichte der Juden in Hagen. In: MEYER, Aus Geschichte und Leben der Juden in Westfalen 19–36. – SCHLEDORN Jörg, Eine vergessene Geschichte. Die Hagener jüdische Schule im 19. Jahrhundert. In: Heimatbuch Hagen und Mark 33 <Hagen 1991> 74–83. – Gedenkbuch zum tragischen Schicksal unserer jüdischen Mitbürger. Erinnerung und Achtung, Anklage, Mahnung und Verpflichtung, hg. von der Stadt Hagen <Hagen 1961>. – ZABEL Hermann (Hg.), Adolf Nassau. Mann des Glaubens und der Gerechtigkeit. Ein Beitrag zur Geschichte der jüdischen Gemeinde Hagen <Hagen 1989>. – DERS., Mit Schimpf und Schande aus der Stadt, die ihnen Heimat war <Hagen 1994>.

Ralf Blank und Stephanie Marra

Glossar

Aufgenommen wurden nur Begriffe mit jüdischen Belangen, sowohl aus dem kultisch-religiösen als auch dem politisch-rechtlichen Bereich. Die Schreibweise orientiert sich an BIN GORION Emanuel (Hg. u. Red.), Philo-Lexikon. Handbuch des jüdischen Wissens, ND der 3. Aufl. 1936 <Frankfurt 1992>, dem zumeist auch die Erläuterungen entnommen sind. Daneben wurde auch herangezogen: ‚Historisches Glossar‘ (CD-Rom) in: KULKA Otto Dov/JÄCKEL Eberhard (Hg.), Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933–1945 (= Schriften des Bundesarchivs 62) <Düsseldorf 2004>; HERLITZ, Georg (Begr.) und ELBOGEN, Ismar (Red.), Jüdisches Lexikon. Ein enzyklopädisches Handbuch des jüdischen Wissens, 4 Bde., ND der Aufl. 1927 <Berlin 1982>.

Adjunkt hier: Person zur Unterstützung des → Rabbiners

Almemor → Bima

Ansetzung (Etablissement) frühneuzeitlicher Begriff für den Erwerb bzw. die Erteilung eines → Schutzbriefes

Aron hakodesch Thoraschrein; Wandschrank zur Aufbewahrung der Thorarollen in der Synagoge

Aschkenasim ost- und mitteleuropäische Juden – im Gegensatz zu den spanisch-portugiesischen Juden (Sefardim)

Außerordentlicher Schutzjude → Extraordinarius

Bar Kochba Führer des Aufstandes der Juden gegen die römische Besatzung Judäas (132–135 n. Chr.), nach dem sich u. a. jüdische Sport- und Studentenvereine benannten

Bar/Bat Mizwa Religionsmündigkeit jüdischer Jungen mit 13 bzw. Mädchen mit 12 Jahren; erster Aufruf zur Lesung aus der Thora

Bima Podest zur Thoralesung, entweder in der Mitte der Synagoge (in traditionell religiös ausgerichteten Gemeinden im 19. Jahrhundert) oder nahe vor dem → Aron hakodesch (in religiös liberalen Gemeinden)

Bne Briss (Brith) 1843 in den USA gegründete jüdische Loge

Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) 1893 gegründeter Verein zur Wahrung der staatsbürgerlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung der deutschen Juden ‚und zur Pflege deutscher Gesinnung‘

Chanukka achttägiges Lichterfest (nach jüdischem Kalender am 25. Kislew beginnend, nach christlichem Kalender zumeist im Dezember) zur Erinnerung an die Neuweihe des Tempels in Jerusalem unter Judas Makkabäus im Jahre 164 v. Chr.; auch zum Andenken an das Öl-Wunder im Tempel

Chasan (Plural: Chasonim) Kantor, Vorbeter

Chewra (Plural: Chewroth) **Kaddischa** Kranken- und Beerdigungs-Bruderschaft oder -Gesellschaft

Dekalog(-tafeln) die zehn Gebote, hier: meist im Zusammenhang mit den an bzw. in den Synagogen angebrachten ‚Gesetzestafeln‘

Etablissement → Ansetzung

Extraordinarius (auch: außerordentlicher Schutzjude) Inhaber eines nicht vererbbaaren → Schutzbriefes gemäß preuß. Generalreglement von 1750, der seinen Rechtstitel an seine Kinder nicht weitergeben konnte

Geleitbrief → Schutzbrief

- Genisa** Aufbewahrungsort z. B. für unbrauchbar gewordene Kultusgeräte und religiöse Dokumente
- Hechaluz** Organisation zur Vorbereitung und zur beruflichen Ausbildung junger Juden für ein Leben in Palästina
- Heimeinkaufsvertrag** Zur Deportation nach Theresienstadt vorgesehene Juden wurden ab 1942 gezwungen, einen solchen ‚Vertrag‘ mit der dem Reichssicherheitshauptamt unterstehenden ‚Reichsvereinigung der Juden in Deutschland‘ abzuschließen. Dadurch wurde der Eindruck erweckt, das Recht auf Unterkunft und Verpflegung in einem Altersheim erworben zu haben.
- Jeschiwa** Talmudhochschule
- Jom Kippur** Versöhnungstag (nach jüdischem Kalender am 10. Tischri, nach christlichem Kalender zumeist im September/Oktober), strenger Fast- und Bußtag, höchster Feiertag
- Judenhaus** Während der nationalsozialistischen Diktatur Haus in jüdischem Besitz, in das nach dem ‚Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden‘ vom 30. April 1939 Juden zwangseingewiesen wurden
- Judenvermögensabgabe** Zwangsabgabe (auch als ‚Sühneleistung‘ bezeichnet) für Juden mit mehr als 5000 RM Vermögen, zu zahlen nach dem Attentat auf den deutschen Legationsrat vom Rath bzw. nach dem Pogrom 1938
- Kaddisch** Gebet im Gottesdienst als Glaubensbekenntnis an den einen Gott; Trauergebet für das Seelenheil Verstorbener
- Kehilla** jüdische Gemeinde(versammlung)
- Koscher** den jüdischen Religions- und Ritualvorschriften genügend (u. a. Speise- und Schlachtvorschriften)
- Laubhüttenfest** → Sukkot
- Makkabi** zionistisch orientierter Sportverband, 1895 in verschiedenen Ländern, 1898 in Deutschland zur Erinnerung an Judas Makkabäus (2. vorchristliches Jahrhundert) gegründet
- Marks-Haindorf-Stiftung** 1825 von dem jüdischen Arzt Alexander Haindorf in Münster initiiertes Verein (seit 1866 Stiftung) zur Ausbildung jüdischer Lehrer (bis 1928) – mit angeschlossener jüdischer Volksschule – und zur Vermittlung von Juden in Handwerksberufe. Nach Ausschluss der Juden aus öffentlichen Schulen (nach dem Pogrom 1938) einzige jüdische Schule im weiten Umkreis
- Mazza (Mazze)** ungesäuertes Brot, das während der → Pessach-Feiertage zur Erinnerung an den Auszug der Juden aus Ägypten gegessen wird
- Memorbuch** Gedenkbuch; u. a. Verzeichnis der Märtyrer (Opfer von Verfolgungen im Mittelalter)
- Mesusa** Schriftkapsel mit Auszügen aus dem 5. Buch Mose am rechten Türpfosten am und im Haus
- Mikwe** Tauchbecken zur rituellen Reinigung
- Minjan** nötige Mindestzahl von zehn religionsmündigen jüdischen Männern zur Abhaltung eines gemeinsamen Gottesdienstes
- Mitzwa** (Plural: Mitzwot) Gebot, religiöse Pflicht
- Mohel** Beschneider
- Ordentlicher Schutzjude** → Ordinarius
- Ordinarius** (Ordentlicher Schutzjude) Inhaber eines vererbaren → Schutzbriefes gemäß preußischem Generalreglement von 1750, der seinen Rechtstitel (bei Aufbringung der geforderten Abgaben) zwischen 1750 und 1763 an eines bzw. nach 1763 an zwei seiner Kinder weitergeben konnte
- Pessach** Fest zur Erinnerung u. a. an die Befreiung des Volkes Israel aus ägyptischer Gefangenschaft (nach jüdischem Kalender vom 14. bis 21. Nissan, zumeist in zeitlicher Nähe zum christlichen Osterfest)

- Polenaktion** Abschiebung von ca. 15 000 bis 17 000 Juden polnischer Nationalität seit dem 27./28. Oktober 1938 über die deutsch-polnische Grenze nach Zbąszyń/Bentschen
- Rabbi** („Rebbe“) wird in den Quellen oft synonym für Lehrer oder Vorbeter verwendet; nicht gleichbedeutend mit → Rabbiner
- Rabbiner** Schriftgelehrter; geistiger Führer einer Gemeinde; Lehrer, Prediger, Seelsorger und Ausleger der Thora, entscheidet Fragen auf der Basis des jüdischen Religionsgesetzes. Er hat keine priesterlichen Aufgaben oder Rechte, sondern ist gleichberechtigtes Mitglied seiner Gemeinde.
- Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (RjF)** 1919 gegründete Organisation zur Wahrung soldatischer Tradition, für den Kampf gegen den Antisemitismus, zur Betreuung jüdischer Kriegsopter und zur sportlichen Ertüchtigung; in den 1930er Jahren auch Förderung von Siedlungsbestrebungen, z. B. in Argentinien; Publikationsorgan „Der Schild“ (1921–1938)
- Reichsfluchtsteuer** ursprünglich befristete Notverordnung der Regierung Brüning vom 8. Dezember 1931 gegen Kapital- und Steuerflucht ins Ausland (gültig für alle Deutschen); von jüdischen Emigranten erzwungene Abgabe während der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft
- Reichsvereinigung der Juden in Deutschland (RV)** Repräsentationsorgan der jüdischen Gemeinden und Vereine in Deutschland (1932/33). Änderung des ursprünglichen Namens („Reichsvertretung der deutschen Juden“) auf Anweisung der Behörden 1935 in „Reichsvertretung der Juden in Deutschland“, im Februar 1939 in „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“, die alle „Rassejuden“ im Sinne der „Nürnberger Gesetze“ umfasste; unterstand seit 1939 dem Reichssicherheitshauptamt
- Rosch ha-Schana** jüdisches Neujahrsfest; nach jüdischem Kalender am 1. (und 2.) Tischri, nach christlichem Kalender zumeist im September/Oktober
- Sabbat** (**Schabbat**) Ruhetag, beginnt am Freitagabend kurz vor Sonnenuntergang und endet bei Anbruch der Dunkelheit am Samstagabend
- Schächten** Schlachten nach ritueller Vorschrift, durchgeführt von einem diplomierten Schächter → Schochet
- Schochet** (Plural: Schochtim) Schächter → Schächten
- Schofar** Widderhorn, das vor allem im Synagogengottesdienst an → Rosch ha-Schana und an → Jom Kippur geblasen wird
- Schutzbrief** (Geleitbrief) obrigkeitliches Dokument, das seinem Empfänger, einem → Schutzjuden bzw. verleiteteten Juden, unter Vorbehalt der Einhaltung fiskalischer, religiöser und ökonomischer Bedingungen die Niederlassung gestattete und obrigkeitlichen Schutz in Aussicht stellte
- Schutzjude** jüdischer Haushaltsvorstand, der sich im Besitz eines → Schutzbriefes befand
- Shoa** Bezeichnung für den an Juden durch die Nationalsozialisten verübten Völkermord
- Sicherungsanordnung** zur Sicherung der → Reichsfluchtsteuer wurde während der nationalsozialistischen Herrschaft bei vermeintlicher oder tatsächlicher Auswanderungsabsicht das Konto gesperrt; Geld konnte nur mit Genehmigung der Finanzbehörde für Sonderausgaben abgehoben werden
- Simchat Thora** Fest der Thorafreude zum Abschluss und Neubeginn der jährlichen Thoralesung; letzter Tag des Laubhüttenfestes → Sukkot
- Sofer** hier: Schreiber u. a. von Thorarollen
- Stolpersteine** vor dem letzten Wohnort von Juden in den Boden eingelassene Gedenktafeln aus Messing, mit denen der Künstler Gunter Demnig seit 1992 an NS-Opfer erinnert

Sukka Laubhütte unter freiem Himmel aus Zweigen und Flechtwerk, in der die Familie an → Sukkot ihre Mahlzeiten einnimmt

Sukkot Laubhüttenfest (u. a. Erntedankfest; nach jüdischem Kalender 15.–23. Tischri, nach christlichem Kalender zumeist im Oktober); sieben Tage, an denen sich die Familie überwiegend in der → Sukka aufhält

Talmud Zusammenstellung (Gesetzeskodex) verschiedener Auslegungen der → Thora

Thora die fünf Bücher Mose

Thoranische/Thora(wand)schrank → Aron hakodesch

Thorarolle Pergamentrolle mit der handgeschriebenen → Thora

Vorgänger in der Frühen Neuzeit Fürsprecher der Judenschaft auf Landesebene, verantwortlich gegenüber der Landesherrschaft

Quellen und Literatur

Aufgenommen sind Literatur und Quellenpublikationen, die in den Ortsartikeln verkürzt zitiert werden, sowie Werke mit ortsübergreifendem Bezug, auf die in den Ortsartikeln keine gesonderten Hinweise erfolgen.

- ALICKE Klaus-Dieter, Lexikon der jüdischen Gemeinden im deutschen Sprachraum, 3 Bde. <Gütersloh 2008>.
- Allgemeine Zeitung des Judenthums. Ein unparteiisches Organ für alles jüdische Interesse; Beilage, Der Gemeindebote, hg. von PHILIPPSON Ludwig u. a. <Leipzig/Berlin 1837–1922>.
- ARNOLDS Wolfgang (Hg.), Die „Kristallnacht“ im Sauerland <Brilon 1988>.
- ASCHOFF Diethard, Unveröffentlichte westfälisch-jüdische Erinnerungen. In: WF 38 <1988> 257–265.
- DERS., Die Feme und die Juden. In: Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark 72 <1980> 31–47.
- DERS., Geschichte der Juden in Westfalen im Mittelalter (= Geschichte und Leben der Juden in Westfalen 5) <Berlin u. a. 2006>.
- DERS., Zur Geschichte der Juden in Westfalen. Anmerkungen zum Forschungsstand. In: WF 36 <1986> 136–146.
- DERS., Holocaust in Augenzeugenberichten westfälischer Juden. In: WF 38 <1988> 244–256.
- DERS., Die Juden im kurkölnischen Herzogtum Westfalen. In: KLUETING Harm (Hg.), Das Herzogtum Westfalen, Bd. 1: Das kurkölnische Westfalen von den Anfängen bis zur Säkularisation 1803 <Münster 2009> 669–703.
- DERS., Die Juden in Westfalen zwischen Schwarzem Tod und Reformation (1350–1530). Studien zur Geschichte der Juden in Westfalen. In: WF 30 <1980> 78–106.
- DERS., Kölnische Juden in Westfalen. In: BERGHAUS Peter/KESSEMEIER Siegfried (Hg.), Köln – Westfalen 1180–1980. Landesgeschichte zwischen Rhein und Weser, Bd. 1 <Münster 1980> 276–280.
- DERS., Judenkennzeichnung und Judendiskriminierung in Westfalen bis zum Ende des Alten Reiches. In: Aschkenas. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der Juden 3 <1993> 15–47.
- DERS., Ein schwerer Neubeginn – Westfälische Juden zwischen Reformation und Dreißigjährigem Krieg. In: MENNEKEN/ZUPANCIC, Jüdisches Leben in Westfalen 38–47.
- DERS., Das Pestjahr 1350 und die Juden in Westfalen. In: WZ 129 <1979> 57–67.
- DERS., Quellen und Regesten zur Geschichte der Juden in der Stadt Hamm. Von den Anfängen bis zur Zeit des Großen Kurfürsten 1287–1664 (= Westfalia Judaica 3,2) <Münster 2005>.
- DERS., Die westfälischen Vereine für jüdische Geschichte und Literatur im Spiegel ihrer Jahrbücher (1899–1920). In: FREIMARK Peter/RICHTERING Helmut (Hg.), Gedenkschrift für Bernhard Brillung (= Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden 14) <Hamburg 1988> 218–245.
- DERS., Zum jüdischen Vereinswesen in Westfalen. In: WF 39 <1989> 127–157.
- DERS., Autobiographische Zeugnisse westfälischer Juden über ihre Deportation und KZ-Haft. In: HERZIG/TEPPE/DETERMANN, Verdrängung und Vernichtung 169–214.

- Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung zur Bildung von Elementarlehrern und Beförderung von Handwerken und Künsten unter den Juden, hg. von dem Kuratorium der gedachten Stiftung 1–46 <Münster 1827–1911/13>.
- Biographisches Handbuch der Rabbiner, T. 1: Rabbiner der Emanzipationszeit in den deutschen, böhmischen und großpolnischen Ländern 1781–1871, 2 Bde., bearb. von WILKE Carsten <München 2004>; T. 2: Die Rabbiner im Deutschen Reich 1871–1945, 2 Bde., bearb. von JANSEN Katrin Nele <München 2009>.
- BIRKMANN Günter/STRATMANN Hartmut, Bedenke vor wem du stehst. 300 Synagogen und ihre Geschichte in Westfalen und Lippe <Essen 1998>.
- BRILLING Bernhard, Alexander Haindorf in seinen Bemühungen um eine Anstellung als Universitätsprofessor und seine Tätigkeit als Dozent in Münster. In: WZ 131/132 <1982> 69–125.
- DERS., Archivgut und Dokumentation der Judenverfolgung unter Berücksichtigung von Nordrhein-Westfalen. In: Der Archivar 22 <1969> 157–168.
- DERS., Die Familiennamen der Juden in Westfalen. In: Rheinisch-Westfälische Zeitschrift für Volkskunde 5 <1958> 133–162 u. Nachtrag ebd. 6 <1959> 91–99.
- DERS., Das Judentum in der Provinz Westfalen 1815–1945. In: HEGEL Eduard/STUPPERICH Robert/BRILLING Bernhard, Kirchen und Religionsgemeinschaften in der Provinz Westfalen (= Beiträge zur Geschichte der Preußischen Provinz Westfalen 2) <Münster 1978> 105–143.
- DERS., Urkundliche Nachweise über die ersten Ansiedlungen der Juden in den westfälischen Städten des Mittelalters (bis 1350). In: WF 12 <1959> 142–161.
- DERS., Das jüdische Schulwesen in Westfalen im 19. Jahrhundert (Ein Kapitel aus dem Kampf um die Gleichberechtigung der jüdischen Religion). In: Udim. Zeitschrift der Rabbinerkonferenz in der Bundesrepublik Deutschland 5 <1974/75> 11–45.
- DERS./RICHTER Helmut (Hg.), Westfalia Judaica. Urkunden und Regesten zur Geschichte der Juden in Westfalen und Lippe, Bd. 1: 1005–1350 [→ Westfalia Judaica].
- BROCKE Michael (Hg.), Feuer an Dein Heiligtum gelegt. Zerstörte Synagogen 1938 Nordrhein-Westfalen, erarbeitet vom Salomon Ludwig Steinheim-Institut für Deutsch-Jüdische Geschichte (= Gedenkbuch der Synagogen Deutschland 1938) <Bochum 1999>.
- DERS./MÜLLER Christiane E., Haus des Lebens. Jüdische Friedhöfe in Deutschland <Leipzig 2001>.
- BRÜSCHKE Rudolf/FÖCKELER Norbert (Bearb.), Jüdisches Leben im Hochsauerland (= Hochsauerlandkreis-Schriftenreihe 3) <Fredeburg 1994>.
- BRUNS Alfred, Die Juden im Altkreis Meschede. Dokumentation 1814–1874. Die Schmallenberger Juden 1934–1943 (= Landeskundliche Schriften für das kurkölnische Sauerland 6) <Brilon 1987>.
- DERS. (Bearb.) [Red. BRÜSCHKE Rudolf], Die Juden im Herzogtum Westfalen. Dokumentation der zentralen Quellen (= Hochsauerlandkreis-Schriftenreihe 2) <Fredeburg 1994>.
- DERS. (Hg.), Westfalenlexikon 1832–1835 (= Nachdrucke zur westfälischen Archivpflege 3) <Münster 1978>.
- C[entral]-V[erein]-Zeitung. Blätter für Deutschtum und Judentum. Organ des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens <Berlin 1922–1938>.
- DEVENTER Jörg, Das westfälische Land- und Kleinstadtjudentum in der Frühen Neuzeit. In: MENNEKEN/ZUPANCIC, Jüdisches Leben in Westfalen 48–56.
- DIAMANT Adolf, Geschändete jüdische Friedhöfe in Deutschland 1945–1980. Anlage zur Dokumentation Jüdische Friedhöfe in Deutschland – eine Bestandsaufnahme <Frankfurt 1982>.
- DERS., Geschändete jüdische Friedhöfe in Deutschland 1945 bis 1999 (mit einem Nachwort v. Julius H. Schoeps) <Potsdam 2000>.

- DERS., Jüdische Friedhöfe in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme <Frankfurt a. M. 1982>.
- DERS., Zerstörte Synagogen im November 1938. Eine Bestandsaufnahme <Frankfurt a. M. 1978>.
- Die Gemeinden und Gutsbezirke der Provinz Westfalen und ihre Bevölkerung. Nach den Urmaterialien der allgemeinen Volkszählung vom 1. December 1871 (= Die Gemeinden und Gutsbezirke des Preußischen Staates und ihre Bevölkerung 9) <Berlin 1874>.
- ESSER Hermann, Die Limburger Juden. In: Hohenlimburger Heimatblätter 4 <1930> 161–176.
- ESSER Joseph Ignatz, Über den Zustand der Israeliten insbesondere im Regierungs-Bezirk Arnsberg <Bonn 1820>, <http://sammlungen.ulb.uni-muenster.de/urn/urn:nbn:de:hbz:6:1-23938> [letzter Zugriff 28.1.2016].
- FÖCKELER Norbert, Juden aus dem Hochsauerland als Opfer der Verfolgung unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft 1933–1945. In: BRÜSCHKE/FÖCKELER (Bearb.), Jüdisches Leben im Hochsauerland 252–266.
- Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945, bearb. vom Bundesarchiv Koblenz und dem Internationalen Suchdienst, Arolsen, <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/> [letzter Zugriff 28.1.2016].
- Gedenkbuch an den deutsch-französischen Krieg von 1870–71 für die deutschen Israeliten, hg. von der Redaktion der Allgemeinen Zeitung des Judenthums <Bonn 1871>.
- Gemeindelexikon für den Freistaat Preußen. Nach dem endgültigen Ergebnis der Volkszählung vom 16. Juni 1925 und anderen amtlichen Quellen unter Zugrundelegung des Gebietsstandes vom 1. März 1931, bearb. vom Preußischen Statistischen Landesamt, Bd. 11: Provinz Westfalen <Berlin 1931>.
- Gemeindelexikon für die Provinz Westfalen. Auf Grund der Materialien der Volkszählung vom 2. Dezember 1895 und anderer amtlicher Quellen ..., bearb. vom Königlichen statistischen Bureau (= Gemeindelexikon für das Königreich Preußen 10) <Berlin 1897>.
- Die Gemeinden und Gutsbezirke der Provinz Westfalen und ihre Bevölkerung. Nach den Urmaterialien der allgemeinen Volkszählung vom 1. December 1871, bearb. vom Königlichen Statistischen Bureau (= Die Gemeinden und Gutsbezirke des Preussischen Staates und ihre Bevölkerung 9) <Berlin 1874>.
- Germania Judaica 1: Von den ältesten Zeiten bis 1238, hg. von ELBOGEN Ismar/FREIMANN Aron/TYKOCINSKI Haim <Breslau 1934, ND Tübingen 1963>; 2.1: Von 1238 bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts. Aachen – Luzern, hg. von AVNERI Zvi <Tübingen 1968>; 2.2: Von 1238 bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts. Maastricht – Zwolle, hg. von AVNERI Zvi <Tübingen 1968>; 3.1: 1350–1519. Ortschaftsartikel Aach – Lychen, hg. von MAIMON Arye <Tübingen 1987>; 3.2: 1350–1519. Ortschaftsartikel Mährisch-Budwitz – Zwolle, hg. von MAIMON Arye u. a. <Tübingen 1995> u. 3.3: Gebietsartikel, Einleitungsartikel und Indices, hg. von MAIMON Arye u. a. <Tübingen 2003>.
- GÖDDEN Walter/NÖLLE-HORNKAMP Iris (Hg.), Westfälisches Autorenlexikon, Bd. 1 (1750–1800) <Paderborn 1993>; Bd. 2 (1800–1850) <Paderborn 1994>; Bd. 3 (1850–1900) <Paderborn 1997> u. Bd. 4 (1900–1950) <Paderborn 2002>, online: <http://www.lwl.org/literaturkommission/alex/index.php> [letzter Zugriff 28.1.2016].
- GRUNWALD Max, Altjüdisches Gemeindeleben. In: Mitteilungen zur jüdischen Volkskunde 15 <1912> H. 1, S. 1–4 u. 74–88 sowie 20 <1918> H. 3, S. 55–64.
- HAMMER-SCHENK Harold, Synagogen in Deutschland. Geschichte einer Baugattung im 19. und 20. Jahrhundert (1780–1933), 2 Bde. (= Hamburger Beiträge zur Geschichte der Deutschen Juden 8) <Hamburg 1981>.

- Handbuch der Historischen Stätten Deutschlands: Nordrhein-Westfalen (Neubearbeitung), hg. von GROTEN Manfred/JOHANEK Peter/REININGHAUS Wilfried/WENSKY Margret <Münster 2006>.
- Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung (bzw. Wohlfahrtspflege), hg. vom Bureau des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes (und von der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden) <Berlin 1907; 1909; 1911; 1913; 1924/25>.
- HAVERKAMP Alfred (Hg.), Geschichte der Juden im Mittelalter von der Nordsee bis zu den Südalpen. Kommentiertes Kartenwerk (= Forschungen zur Geschichte der Juden, Abt. A: Abhandlungen 14), T. 1: Kommentarband; T. 2: Ortskatalog; T. 3: Karten <Hannover 2002>.
- HEPP Michael (Hg.), Die Ausbürgerung deutscher Staatsangehöriger 1933–45 nach den im Reichsanzeiger veröffentlichten Listen, 3 Bde. <München u. a. 1985, 1988>.
- HERZIG Arno, Von der Aufklärung zur Emanzipation. In: MENNEKEN/ZUPANCIC, Jüdisches Leben in Westfalen 75–90.
- DERS., Berührungspunkte und Konfliktzonen von jüdischer Minderheit und christlicher Gesellschaft im 18. Jahrhundert am Beispiel der beiden westfälischen Kleinstaaten Paderborn und Limburg. In: FREIMARK Peter/RICHTER Helmut (Hg.), Gedenkschrift für Bernhard Brillung (= Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden 14) <Hamburg 1988> 150–189.
- DERS., Die westfälischen Juden im Modernisierungsprozeß. In: VOLKOV Shulamit (Hg.), Deutsche Juden und die Moderne (= Schriften des Historischen Kollegs: Kolloquien 25) <München 1994> 95–118.
- DERS., Judentum und Emanzipation in Westfalen (= Veröffentlichungen des Provinzialinstituts für Westfälische Landes- und Volkskunde, Reihe 1: Wirtschafts- und Verkehrswissenschaftliche Arbeiten 17) <Münster 1973>.
- DERS. (Bearb.), Jüdische Quellen zur Reform und Akkulturation der Juden in Westfalen (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen, XLV: Quellen und Forschungen zur jüdischen Geschichte in Westfalen 1) <Münster 2005>.
- DERS./TEPPE Karl/DETERMANN Andreas (Hg.), Verdrängung und Vernichtung der Juden in Westfalen (= Forum Regionalgeschichte 3) <Münster 1994>.
- HESSE Ursula, Jüdisches Leben in Alme, Altenbüren, Brilon, Madfeld, Messinghausen, Rösenbeck, Thülen <Brilon 1991>.
- HOLTHAUSEN Maria, Die Juden im kurkölnischen Herzogtum Westfalen. In: WZ 96 <1940> 48–152.
- HONSELMANN Wilhelm, Die Juden der Grafschaft Limburg 1775/1776. In: Hohenlimburger Heimatblätter 24 <1963> 127–128.
- Israelitisches Familienblatt <Hamburg 1898–1938>.
- JEHLE Manfred (Hg.), Die Juden und die jüdischen Gemeinden Preußens in amtlichen Enquêtes des Vormärz, 4 Teile (= Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 82), T. 3: Enquête des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten über die Kultus-, Schul- und Rechtsverhältnisse der jüdischen Gemeinden in den preußischen Provinzen 1843–1845: Provinzen Posen, Schlesien, Sachsen, Westfalen <München 1998>.
- Die Juden als Soldaten, hg. von dem Comité zur Abwehr antisemitischer Angriffe in Berlin (= Die Juden in Deutschland 2) <Berlin 1896>.
- Judengeleit in Werl, Arnsberg und Brilon (Text des Arnsberger Judenprivilegs vom 26.05.1671). In: Blätter zur näheren Kunde Westfalens 13 <1875>, H. 4, S. 69–71, <http://sammlungen.ulb.uni-muenster.de/hd/periodical/structure/1397699> [letzter Zugriff 15.1.2016].
- Die jüdischen Gefallenen des deutschen Heeres, der deutschen Marine und der deutschen Schutztruppen 1914–1918. Ein Gedenkbuch, hg. vom Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten <Berlin 1932; ND Moers 1979>.

- KLATT Marlene, Unbequeme Vergangenheit. Antisemitismus, Judenverfolgung und Wiedergutmachung in Westfalen 1925–1965 (= Forschungen zur Regionalgeschichte 61) <Paderborn 2009>.
- KOESTER Ludewig Albert Wilhelm, Systematisches Repertorium über die für das Herzogthum Westphalen von alten Zeiten her, bis zu Ende des Jahrs 1812 erlassenen Gesetze, Verfügungen, Generalien, Regulative, Instruktionen und andere Gegenstände <Arnsberg 1813>, <http://sammlungen.ulb.uni-muenster.de/urn/urn:nbn:de:hbz:6:1-98915> [letzter Zugriff 15.1.2016].
- KOHNKE (Bearb.), Quellen → Quellen zur Geschichte der Juden in den Archiven der neuen Bundesländer
- KOLLATZ Thomas, Westfälisches Judentum zwischen Reform und Orthodoxie im 19. Jahrhundert. In: MENNEKEN/ZUPANCIC, Jüdisches Leben in Westfalen 98–108.
- KOSCHE Rosemarie, Studien zur Geschichte der Juden zwischen Rhein und Weser im Mittelalter (= Forschungen zur Geschichte der Juden, Abt. A: Abhandlungen 15) <Hannover 2002>.
- KRATZSCH Gerhard, Der Gauwirtschaftsapparat der NSDAP. Menschenführung – „Arisierung“ – Wehrwirtschaft im Gau Westfalen-Süd. Eine Studie zur Herrschaftspraxis im totalitären Staat <Münster 1989>.
- DERS., Die „Entjudung“ der mittelständischen Wirtschaft im Regierungsbezirk Arnsberg. In: HERZIG/TEPPE/DETERMANN (Hg.), Verdrängung und Vernichtung 91–114.
- KULKA Otto Dov/JÄCKEL Eberhard (Hg.), Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933–1945 (= Schriften des Bundesarchivs 62), mit CD-Rom <Düsseldorf 2004>.
- LAZARUS Félix, Das Königlich Westphälische Konsistorium der Israeliten, nach meist unbenützten Quellen <Pressburg 1914>.
- LOOS Wolfgang, Die Namensführung der Juden im Hochsauerland. In: BRÜSCHKE/FÖCKELER (Bearb.), Jüdisches Leben im Hochsauerland 75–128.
- MASER Werner, Die Juden in der Frei- und Reichsstadt Dortmund und der Grafschaft Mark <Witten 1912>.
- MENNEKEN Kirsten/ZUPANCIC Andrea (Hg.), Jüdisches Leben in Westfalen. Eine Ausstellung der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Dortmund in Kooperation mit dem Museum für Kunst und Kulturgeschichte Dortmund ... <Essen 1998>.
- MEYER Hans Chanoch (Hg.), Aus Geschichte und Leben der Juden in Westfalen. Eine Sammelschrift <Frankfurt a. M. 1962>.
- MÜLLER Helmut (Bearb.), Herzogtum Westfalen. Das Territorialarchiv des Herzogtums Westfalen, Bd. 1 (= Veröffentlichungen des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen 4) <Münster 2006>.
- PHILIPPSON Martin, Der Anteil der jüdischen Freiwilligen an dem Befreiungskriege 1813 und 1814. In: Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums NF 13 <1906> 1–21.
- PIORR Ralf (Hg.), Ohne Rückkehr. Die Deportation der Juden aus dem Regierungsbezirk Arnsberg nach Zamość im April 1942 (= Schriftenreihe der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache Dortmund 1) <Essen 2012>.
- PLUM Marlene, Judentum zwischen Emanzipation und Restauration. Die Gutachten über das Judenwesen im Regierungsbezirk Arnsberg 1818–1847 <Hausarbeit zur Erlangung des Magistergrades, Masch. Münster 1991>.
- PRACHT-JÖRNS Elfi, Jüdisches Kulturerbe in Nordrhein-Westfalen, Bd. V: Regierungsbezirk Arnsberg (= Beiträge zu den Bau- und Kunstdenkmälern von Westfalen 1.3) <Köln 2005>.
- DIES., Zierde der Stadt – Schandfleck – Denkmal. Synagogen als Teil des jüdischen Kulturerbes in Nordrhein-Westfalen. In: Westfalen. Hefte für Geschichte, Kunst und Volkskunde 84 <(2006) 2009> 141–158.

- PUVOGEL Ulrike/STANKOWSKI Martin, Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation, Bd. 1: Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung 245) <Bonn 1987>, 2., überarb. und erw. Aufl. (= Reihe deutsche Vergangenheit, Stätten der Geschichte Berlins 125) <Bonn 1995>.
- Quellen zur Geschichte der Juden in den Archiven der neuen Bundesländer, hg. von JERSCH-WENZEL Stefi/RÜRUP Reinhard, Bd. 2: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, T. 1: Ältere Zentralbehörden bis 1808/10 und Brandenburg-Preußisches Hausarchiv, bearb. von KOHNKE Meta <München 1999>; Bd. 5: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, T. 2: Sonderverwaltungen der Übergangszeit 1806–1850 ..., bearb. von METSCHIES Kurt u. a. <München 2000>; Bd. 6: Stiftung „Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum“, 2 Teile, bearb. von WELKER Barbara u. a. <München 2001>.
- RADE Hans Jürgen, Jüdische Personenstandseinträge und Familienregister in katholischen Kirchenbüchern des Herzogtums Westfalen zu Beginn des 19. Jahrhunderts. In: Beiträge zur Westfälischen Familienforschung 67 <2009> 7–144.
- REEKERS Stephanie/SCHULZ Johanna, Die Bevölkerung in den Gemeinden Westfalens 1818–1950 <Dortmund 1952>.
- REININGHAUS Wilfried, Quellen zur Geschichte der Juden im Westfälischen Wirtschaftsarchiv Dortmund. In: WF 39 <1989> 359–366.
- ROHDE Saskia, Zwischen Verfolgung und Shoah. Die Zerstörung der Synagogen in Westfalen. In: HERZIG/TEPPE/DETERMANN (Hg.), Verdrängung und Vernichtung 76–90.
- SCHEFFLER Wolfgang/SCHULLE Diana (Bearb.), Buch der Erinnerung. Die ins Baltikum deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden, Bd. 1 u. 2 <München 2003>.
- SCHENK Tobias, „... dienen oder fort“? Soziale, rechtliche und demographische Auswirkungen friderizianischer Judenpolitik in Westfalen (1763–1806). In: Westfalen 84 <(2006) 2009> 27–64.
- DERS., Das „Judenporzellan“ – eine kommentierte Tabellenpräsentation zur Rechts- und Sozialgeschichte der Juden im friderizianischen Preußen (1769–1788), <http://www.perspectivia.net/content/publikationen/friedrich300-quellen> [letzter Zugriff 28.1.2016].
- Der Schild. Zeitschrift des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten <Berlin 1922–1938>.
- SCHLESINGER Bella (Bearb.), Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege in Deutschland, 1932–1933, hg. von der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden <Berlin 1932>; Nachdruck der Seiten 143–185 unter dem Titel „Jüdische Gemeinden und Institutionen in der Provinz Westfalen 1932“. In: MEYER, Aus Geschichte und Leben der Juden in Westfalen 159–185.
- SCHNEE Heinrich, Die Hoffinanz und der moderne Staat. Geschichte und System der Hoffaktoren an deutschen Fürstenhöfen im Zeitalter des Absolutismus, Bd. 1: Die Institution des Hoffaktorentums in Brandenburg-Preußen <Berlin 1953>; Bd. 3: Die Institution des Hoffaktorentums in den geistlichen Staaten Norddeutschlands, an kleinen norddeutschen Fürstenhöfen, im System des absoluten Fürstenstaates <Berlin 1955>.
- SCHNORBUS Ursula (Bearb.), Quellen zur Geschichte der Juden in Westfalen. Spezialinventar zu den Akten des Nordrhein-Westfälischen Staatsarchivs Münster <Münster 1983>.
- SCOTTI Johann Josef, Sammlung der Gesetze und Verordnungen, welche in dem vormaligen Churfürstentum Cöln, im Herzogthum Westphalen und im Veste Reck-

- linghausen ... ergangen sind vom Jahr 1463 bis zum Eintritt der Königl. Preußischen Regierungen im Jahre 1816, 4 Bde. <Düsseldorf 1830>.
- SEIBERTZ Johann Suibert (Hg.), Urkundenbuch zur Landes- und Rechtsgeschichte des Herzogtums Westfalen, 3 Bde. <Arnsberg 1839–1854>, <http://sammlungen.ulb.uni-muenster.de/urn/urn:nbn:de:hbz:6:1-1402> [letzter Zugriff 15.1.2016].
- SPECTOR Shmuel (Hg.), The Encyclopedia of Jewish Life before and during the Holocaust, 3 Bde. <New York 2001>.
- Statistisches Jahrbuch deutscher Juden, im Auftrag des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes hg. vom Bureau für Statistik der Juden, Jg. 17 <Berlin 1905>.
- STRATMANN Hartmut/BIRKMANN Günter, Jüdische Friedhöfe in Westfalen und Lippe <Düsseldorf 1987>.
- Westfalia Judaica. Urkunden und Regesten zur Geschichte der Juden in Westfalen und Lippe, Bd. 1: 1005–1350 hg. von BRILLING Bernhard/RICHTERING Helmut (= Studia Delitzschiana 11) <Stuttgart 1967>, 2. Aufl. mit Nachträgen von ASCHOFF Diethard u. d. Titel: Westfalia Judaica. Quellen und Regesten zur Geschichte der Juden in Westfalen und Lippe <Münster 1992>.
- WILKE Carsten L., Die ungeliebte Tradition. Rabbiner in Westfalen 1619–1943. In: Westfalen 84 <(2006) 2009> 9–25.
- ZACHARIAS Sylvia, Synagogen-Gemeinden 1933. Ein Wegweiser zu ihren Spuren in der Bundesrepublik Deutschland, T. 1 <Berlin 1988>.
- ZIMMERMANN Michael (Hg.), Die Geschichte der Juden im Rheinland und in Westfalen (= Schriften zur politischen Landeskunde Nordrhein-Westfalens 11) <Köln 1998>.

Abkürzungen

A	Archiv	Gft.	Grafschaft
Abb.	Abbildung(en)	GHztm.	Großherzogtum
Abt.	Abteilung	GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
AG	Aktiengesellschaft	Gr.	Groschen
AZJ	Allgemeine Zeitung des Judent(h)ums	HA	Hauptabteilung
BDM	Bund Deutscher Mädels	hebr.	hebräisch
Best.	Bestand, Bestände	HJ	Hitlerjugend
CAHJP	Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem	Hztm.	Herzogtum
CJA	Centrum Judaicum, Archiv (Stiftung Neue Synagoge Berlin)	IHK	Industrie- und Handels- kammer
CV	Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens	Jh.	Jahrhundert(s)
d. J.	des Jahres	JTC	Jewish Trust Corporation
DDP	Deutsche Demokratische Partei	jüd.	jüdisch
DDR	Deutsche Demokratische Republik	jun.	junior
Dep.	Depositum	kath.	katholisch
DIGB	Deutsch-Israelitischer Gemeinde-Bund	KDK	Kriegs- und Domänen- kammer
DM	Deutsche Mark	kgl.	königlich
DNVP	Deutschnationale Volkspartei	Kgr.	Königreich
DRK	Deutsches Rotes Kreuz	KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
ehem.	ehemalig	Kr.	Kreis
EK I, II	Eisernes Kreuz I. und II. Klasse	KZ	Konzentrationslager
e. V.	eingetragener Verein	LAV	Landesarchiv
ev.	evangelisch	LBI	Leo Baeck Institute, New York
FA	Fürstliches Archiv	LGft.	Landgrafschaft
FBtm.	Fürstbistum	LRA	Landratsamt
fl.	Florin/Gulden	LWL	Landschaftsverband Westfalen-Lippe
fol.	folio	M	Mark
franz.	französisch	MGV	Männergesangverein
Fstm.	Fürstentum	Ms.	Manuskript
geb.	geboren	ND	Nachdruck/Neudruck
Gebr.	Gebrüder	NF	Neue Folge
gegr.	gegründet	NRW	Nordrhein-Westfalen
Geh. StaatsA	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz	NS	Nationalsozialismus/ nationalsozialistisch(e)
gest.	gestorben	NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Gestapo	Geheime Staatspolizei	OFD	Oberfinanzdirektion
		OWL	Ostwestfalen-Lippe
		Pf.	Pfennig
		preuß.	preußisch(e, er, es)
		prot.	protestantisch
		ref.	reformiert

Reg.-Bez.	Regierungsbezirk	SS	Schutzstaffel der NSDAP
Rep.	Repositur	T.	Teil
RjF	Reichsbund jüdischer Frontsoldaten	Tlr.	Taler (für die Zeit nach 1824)
RKG	Reichskammergericht	v.	von
RM	Reichsmark	verb.	verbessert
Rtlr.	Reichstaler (für die Zeit bis 1823)	verh.	verheiratet
RV	Reichsvereinigung der Juden in Deutschland	verst.	verstorben
SA	Sturmabteilung der NSDAP	VHS	Volkshochschule
SD	Sicherheitsdienst des Reichsführers SS	Vors.	Vorsitzende(r)
sen.	senior	VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
Sgr.	Silbergroschen	VSGW	Verband der Synagogengemeinden Westfalens
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	WF	Westfälische Forschungen
		WZ	Westfälische Zeitschrift

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

- ARENS Gerhard (†): Ortsartikel *Lennestadt-Oedingen*
- ASCHOFF Prof. Dr. Diethard, Detmold: Ortsartikel *Hamm*
- BANKE Gudrun, Marsberg, zusammen mit Sturmius BARTHOLMÉ, Wilhelm CRAMER, Bernd FOLLMANN und Siegfried STOLZ: Ortsartikel *Marsberg-Beringhausen, Marsberg-Essentho, Marsberg-Giershagen, Marsberg-Heddinghausen, Marsberg-Niedermarsberg, Marsberg-Obermarsberg, Marsberg-Padberg* und *Marsberg-Udorf*
- BARTHOLMÉ Sturmius, Marsberg, zusammen mit Gudrun BANKE, Wilhelm CRAMER, Bernd FOLLMANN und Siegfried STOLZ: Ortsartikel *Marsberg-Beringhausen, Marsberg-Essentho, Marsberg-Giershagen, Marsberg-Heddinghausen, Marsberg-Niedermarsberg, Marsberg-Obermarsberg, Marsberg-Padberg* und *Marsberg-Udorf*
- BAUSEN Harald, Wetter-Todenhausen: Ortsartikel *Medebach*
- BLANK Ralf M. A., Hagen, zusammen mit Stephanie MARRA: Ortsartikel *Hagen* und *Hagen-Hohenlimburg*
- BRUNS Dr. Alfred, Münster: Ortsartikel *Brilon, Brilon-Alme, Brilon-Madfeld, Eslohe* und *Eslohe-Wenholthausen*
- BURKARDT Dr. Johannes, Münster: Ortsartikel *Bad Berleburg, Bad Berleburg-Elsoff, Bad Berleburg-Schwarzenau* und *Bad Laasphe* sowie zusammen mit Wilfried REININGHAUS Überblicksartikel *Die Juden in den Grafschaften Wittgenstein*
- CRAMER Wilhelm, Marsberg, zusammen mit Gudrun BANKE, Sturmius BARTHOLMÉ, Bernd FOLLMANN und Siegfried STOLZ: Ortsartikel *Marsberg-Beringhausen, Marsberg-Essentho, Marsberg-Giershagen, Marsberg-Heddinghausen, Marsberg-Niedermarsberg, Marsberg-Obermarsberg, Marsberg-Padberg* und *Marsberg-Udorf*
- CYMONTKOWSKI Heinz, Selm: Ortsartikel *Selm-Bork*
- DEISTING Heinrich-Josef, Werl, zusammen mit Joachim RÜFFER: Ortsartikel *Werl* und *Werl-Büderich*
- DIETERMANN Klaus, Netphen, zusammen mit Ulrich Friedrich OPFERMANN: Ortsartikel *Siegen* und Überblicksartikel *Die Juden im Fürstentum Siegen*; zusammen mit Joachim RÜFFER: Ortsartikel *Hilchenbach* und *Kreuztal-Burgholdinghausen*
- ENSTE Stefan, Dipl. theol., Warstein: Ortsartikel *Warstein* und *Warstein-Belecke*
- FENNENKÖTTER Hans-Christoph, Lippstadt, zusammen mit Joachim RÜFFER: Ortsartikel *Lippstadt* und *Lippstadt-Lipperode*
- FENNER Dr. Wolfgang (†): Ortsartikel *Schwelm*
- FERTIG-MÖLLER Heide Lore, Werne: Ortsartikel *Werne*
- FOLLMANN Bernd, Marsberg, zusammen mit Gudrun BANKE, Sturmius BARTHOLMÉ, Wilhelm CRAMER und Siegfried STOLZ: Ortsartikel *Marsberg-Beringhausen, Marsberg-Essentho, Marsberg-Giershagen, Marsberg-Heddinghausen, Marsberg-Niedermarsberg, Marsberg-Obermarsberg, Marsberg-Padberg* und *Marsberg-Udorf*
- FÖLSTER Dieter, Unna: Ortsartikel *Unna*
- FREUND Prof. Dr. Susanne, Potsdam: Ortsartikel *Olsberg-Bigge*
- GLADE Georg, Hallenberg: Ortsartikel *Hallenberg*
- GOSMANN Michael M. A., Arnsberg: Ortsartikel *Arnsberg, Arnsberg-Hüsten* und *Arnsberg-Neheim*
- GRÜN Wolf-Dieter, Finnentrop: Ortsartikel *Finnentrop-Lenhausen*

- HALWER Andreas, Bochum: Ortsartikel *Bochum-Wattenscheid*
- HEINEMANN Dr. Claus, Werl-Hilbeck: Ortsartikel *Olpe-Neuenkleusheim*
- HERZIG Prof. Dr. Arno, Hamburg: Ortsartikel *Iserlohn* und *Iserlohn-Oestrich* sowie
Überblicksartikel *Die Juden in der Grafschaft Limburg*
- HESS Wilfried, Lünen, zusammen mit Fredy NIKLOWITZ: Ortsartikel *Lünen* und *Lünen-Brambauer*
- HILDEBRANDT Manfred, Herne: Ortsartikel *Herne* und *Herne-Wanne-Eickel*
- HÖGL Dr. Günther, Selm: Ortsartikel *Dortmund-Aplerbeck*, *Dortmund-Dorstfeld*, *Dortmund-Mengede* und *Dortmund-Wickede* sowie zusammen mit Thomas SCHILP: Ortsartikel *Dortmund* und *Dortmund-Hörde*
- HOSENFELD Hartmut, Attendorf: Ortsartikel *Attendorf*
- HOSTERT Dr. Walter (†): Ortsartikel *Lüdenscheid*
- HÜTTENMEISTER Nathanja M. A., Duisburg: Überblicksartikel *Die Juden im Herzogtum Westfalen bis um 1700*
- KISTNER Hans-Jürgen, Kamen: Ortsartikel *Kamen*
- KLINER-FRUCK Dr. Martina, Witten: Ortsartikel *Witten* und *Witten-Annen*
- KNACKSTEDT Dr. Wolfgang, Münster: Ortsartikel *Anröchte*
- KOHL Dr. Rolf Dieter, Neuenrade: Ortsartikel *Altena*, *Balve* und *Neuenrade*
- KÖHN Dr. Gerhard (†): Ortsartikel *Soest*
- LUTTER Walter, Körbecke: Ortsartikel *Möhnesee-Körbecke*
- MARRA Dr. Stephanie, Dortmund, zusammen mit Ralf BLANK: Ortsartikel *Hagen* und *Hagen-Hohenlimburg*
- MARX Reinhard, Geseke: Ortsartikel *Geseke*
- NIKLOWITZ Fredy, Lünen, zusammen mit Wilfried HESS: Ortsartikel *Lünen* und *Lünen-Brambauer*
- OLSCHEWSKI Dr. Ursula, Paderborn: Ortsartikel *Fröndenberg*, *Menden*, *Olpe*, *Olpe-Rhode*, *Rüthen-Oestereiden* und *Welver-Scheidungen*
- OPFERMANN Ulrich Friedrich, Siegen, zusammen mit Klaus DIETERMANN: Ortsartikel *Siegen* und Überblicksartikel *Die Juden im Fürstentum Siegen*
- PETERS Maria, Bad Westernkotten: Ortsartikel *Erwitte-Bad Westernkotten*
- REININGHAUS Prof. Dr. Wilfried, Senden: Ortsartikel *Iserlohn-Hennen*, *Schwerte*, *Schwerte-Ergste* und *Witten-Herbede* sowie Überblicksartikel *Die Juden in der Grafschaft Mark (1648–1806)* und *Die Juden im Herzogtum Westfalen im 18. Jahrhundert* sowie zusammen mit Johannes BURKARDT Überblicksartikel *Die Juden in den Grafschaften Wittgenstein*
- RICHTER Dr. Erika, Meschede: Ortsartikel *Meschede*
- RÜFFER Dr. Joachim, Soest: Ortsartikel *Bad Sassendorf-Ostinghausen*, *Erwitte*, *Erwitte-Horn*, *Gevelsberg*, *Kreuztal-Littfeld*, *Lennestadt-Langenei*, *Lippetal-Herzfeld*, *Lippetal-Hovestadt*, *Lippetal-Oestinghausen*, *Lippstadt-Eickelborn*, *Sundern-Stockum* und *Winterberg*, zusammen mit Heinrich Josef DEISTING: Ortsartikel *Werl* und *Werl-Büderich*, zusammen mit Hans-Christoph FENNENKÖTTER: Ortsartikel *Lippstadt* und *Lippstadt-Lipperode* sowie zusammen mit Klaus DIETERMANN: Ortsartikel *Hilchenbach* und *Kreuztal-Burgholdinghausen*
- SCHILP Prof. Dr. Thomas, Herdecke, zusammen mit Günther HÖGL: Ortsartikel *Dortmund* und *Dortmund-Hörde*
- SCHULTE Dr. Günter, Schmallenberg: Ortsartikel *Schmallenberg* und *Schmallenberg-Bödefeld*
- SOLLBACH Prof. Dr. Gerhard E., Herdecke: Ortsartikel *Herdecke*
- SOMMER Friedhelm, Rüthen: Ortsartikel *Rüthen*
- STOLZ Siegfried, Marsberg, zusammen mit Gudrun BANKE, Sturmius BARTHOLMÉ, Wilhelm CRAMER und Bernd FOLLMANN: Ortsartikel *Marsberg-Beringhausen*,

- Marsberg-Essentho, Marsberg-Giershagen, Marsberg-Heddinghausen, Marsberg-Niedermarsberg, Marsberg-Obermarsberg, Marsberg-Padberg und Marsberg-Udorf*
STOPSACK Hans-Hermann, Hemer, mit Eberhard THOMAS: Ortsartikel *Hemer*
THOMAS Eberhard, Hemer, zusammen mit Hans-Hermann STOPSACK: Ortsartikel *Hemer*
WEISS Thomas, Hattingen: Ortsartikel *Hattingen* und *Hattingen-Blankenstein*
WITTKOPP-BEINE Martina M. A., Plettenberg: Ortsartikel *Plettenberg*
WÖLK Dr. Ingrid, Bochum: Ortsartikel *Bochum*
ZEZULAK-HÖLZER Ira M. A., Meinerzhagen: Ortsartikel *Meinerzhagen*